

Stand: 11.07.2025 01:36:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/24246

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes hier: Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/24246 vom 29.09.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.10.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/26894 des OD vom 09.02.2023
4. Beschluss des Plenums 18/26990 vom 15.02.2023
5. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023



## Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Anna Schwamberger, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes  
hier: Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte**

### A) Problem

Grund- und Mittelschullehrkräfte in Bayern erhalten trotz des höheren Pflichtstundenkontingents weniger Gehalt als ihre Kolleginnen und Kollegen an Realschulen und Gymnasien. Aus dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen ergeben sich überwiegend Aufgaben, die für alle Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen gelten und die Arbeit gleichermaßen anspruchsvoll machen. Die unterschiedliche, schulformspezifische Bezahlung der Lehrämter ist längst historisch überholt.

### B) Lösung

Die Besoldung von Grund- und Mittelschullehrkräften wird auf die Besoldungsgruppe A 13 angehoben. Die Anhebung der Eingangsbesoldung und die Anhebung aller Erfahrungsstufen erfolgt sukzessive in gleichmäßigen Schritten über fünf Jahre.

Für nicht verbeamtete Lehrkräfte wird eine entsprechende schrittweise Anpassung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) angestrebt.

### C) Alternativen

Keine

### D) Kosten

Personalmehrkosten für den Freistaat Bayern. Für die erste Stufe im Haushaltsjahr 2023 für die Monate September bis Dezember ca. 10 Mio. €. Die Gesamtkosten in der letzten Stufe belaufen sich auf ca. 145 Mio. €



## Gesetzentwurf

### zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

#### § 1

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch Art. 130b des Gesetzes vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Art. 23 Satz 1 Nr. 4 werden die Wörter „; für Grund- oder Mittelschullehrer und Grund- oder Mittelschullehrerinnen gilt abweichend die Besoldungsgruppe A 12“ gestrichen.
2. In Anlage 1 wird die Besoldungsgruppe A 12 wie folgt geändert:
  - a) Der Zeile „Lehrer, Lehrerin <sup>1) 2)</sup>“ wird die Fußnote „<sup>3)</sup>“ angefügt.
  - b) Folgende Fußnote 3 wird angefügt:

„<sup>3)</sup> Erhält bei Verwendung an Grund- und Mittelschulen einen Ausgleich nach Anlage 4.“
3. In Anlage 4 wird in der Zeile „Besoldungsgruppe A 12“ in der Spalte „Fußnote“ folgende Angabe „3“ angefügt:

„3	Ab 1. September 2023 ein Fünftel der Differenz der Grundgehaltsbezüge zwischen den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 in der jeweiligen Stufe, ab 1. September 2024 zwei Fünftel der Differenz der Grundgehaltsbezüge zwischen den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 in der jeweiligen Stufe, ab 1. September 2025 drei Fünftel der Differenz der Grundgehaltsbezüge zwischen den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 in der jeweiligen Stufe, ab 1. September 2026 bis 31. August 2027 vier Fünftel der Differenz der Grundgehaltsbezüge zwischen den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 in der jeweiligen Stufe.“
----	--

#### § 2

- (1) Dieses Gesetz tritt ..... in Kraft.
- (2) Abweichend von Abs. 1 tritt § 1 Nr. 1 am 1. September 2027 in Kraft.
- (3) § 1 Nr. 2 und 3 tritt am 31. August 2027 außer Kraft.

#### Begründung:

Die Sonderregelung für Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer entfällt. Sie stellt eine Diskriminierung einer einzelnen Berufsgruppe dar.

Mit dieser Änderung wird die gesetzliche Grundlage für den Einstieg in die Besoldung aller Lehrkräfte nach A 13 geschaffen. Die Anpassung erfolgt in fünf Stufen bis zum Jahr 2027.

Der Einstieg erfolgt verbindlich mit dem nächsten Haushaltsgesetz 2023; vage Ankündigungen für die nächste Legislaturperiode sind für die Beschäftigten wertlos. Der Einstieg erfolgt selbstverständlich zeitgleich für Grundschullehrkräfte und Mittelschullehrkräfte – eine Fortsetzung der Diskriminierung einer Berufsgruppe ist unhaltbar. Hinzu käme eindeutig eine Geschlechterdiskriminierung: „Im Schuljahr 2019/2020 waren 90,5 Prozent der Lehrkräfte an staatlichen Grundschulen weiblich.“ (Auszug aus der Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Thomas Gehring betreffend „Aufstiegsmöglichkeiten von Grund- und Mittelschullehrkräften“, vgl. Drs 18/10694; Seite 41).

Die Attraktivität des Lehrberufs an Grund- und Mittelschulen muss nicht nur angesichts des eklatanten Lehrkräftemangels an Grund- und Mittelschulen gesteigert werden – eine gerechte Bezahlung aller bayerischen Lehrkräfte ist ein Faktor.

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Wolfgang Fackler

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Margit Wild

Abg. Matthias Fischbach

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes**

**hier: Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte (Drs. 18/24246)**

**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. – Zur Begründung erteile ich Frau Kollegin Anna Schwamberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Anna Schwamberger (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Allein in dieser Legislaturperiode haben wir schon x-mal über die Einführung von A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte diskutiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, immer wieder mussten wir uns dabei von Ihnen anhören, dass die Studiengänge nicht vergleichbar und die Anforderungen am Gymnasium höher seien, sodass eine gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte nicht möglich sei.

Da ist es wieder, das Söder-Fähnchen, das sich so dreht, wie es ihm gerade in den Sinn kommt. Ministerpräsident Söder gibt die Blockadehaltung endlich auf und kündigt an, dass Grund- und Mittelschullehrkräfte nun doch auch A 13 bekommen sollen. Begonnen werden soll aber mit den Grund- und Mittelschullehrkräften, und natürlich erst in der nächsten Legislaturperiode.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist uns zu wenig. Es soll eben kein typischer Söder werden: ankündigen und dann doch nicht umsetzen. Die Lehrkräfte haben dieses Spielchen nicht verdient. Sie haben vielmehr Wertschätzung finanzieller Art verdient. Wir fordern Sie auf, die Gesetzesgrundlage für A 13 noch in dieser Legislaturperiode zu schaffen. Sie könnten es sich leicht machen und einfach unserem Gesetzentwurf zustimmen. Aber ich kann es mir schon denken: Ein Komma ist falsch;

falscher Zeitpunkt; zu langsam; zu schnell; nicht durchdacht oder halt einfach von der Fraktion der GRÜNEN.

(Andreas Winhart (AfD): Genau!)

Sie finden doch immer einen Vorwand, um sich vor einer Zustimmung zu drücken. Es ist nicht viel vom groß angekündigten neuen Politikstil in Bayern übrig geblieben. Ich möchte Ihnen verdeutlichen, warum wir A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte für unabdingbar halten. Ganz praktisch: Wir haben viel Geld in die Ausbildung der Zweitqualifikantinnen und -qualifikanten gesteckt. Und doch laufen uns die Absolventinnen und Absolventen davon. Sie wechseln zurück an ihre eigentliche Schulart; sie werden sogar proaktiv abgeworben. Die bessere Bezahlung ist oftmals der ausschlaggebende Punkt. Wer kann in der heutigen Zeit ernsthaft auf rund 600 Euro brutto mehr im Monat verzichten? Wir haben Ihnen diese Entwicklung vorausgesagt. Und doch wurde das immer belächelt, und es wurde weggesehen. Mit A 13 können die Zweitqualifikantinnen und -qualifikanten wirklich die Schulart wählen, an der sie gerne unterrichten würden. Der Blick aufs Geld wird überflüssig.

Unsere Klassenzimmer sind Orte der Vielfalt. Das Unterrichten von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichsten Begabungen, Lebenswelten, Lernwegen und Unterstützungsbedarfen ist Alltag für unsere Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen. Ich bin froh, dass unsere Lehrkräfte jede zusätzliche Aufgabe, die wir ihnen auftragen – sei es das Testen oder der digitale Unterricht –, mit Bravour meistern. Die Arbeit ist herausfordernd und anspruchsvoll. Trotzdem verdienen unsere Grund- und Mittelschullehrkräfte immer noch deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen an Realschulen und Gymnasien.

Seien wir doch ehrlich: Jede Schulart hat ihre eigenen Herausforderungen. Der Unterricht an sich ist nur schwer vergleichbar, und doch haben alle Lehrkräfte einen Auftrag. Dazu möchte ich Ihnen Artikel 1 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes vorlesen:

Die Schulen haben den in der Verfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrag zu verwirklichen. Sie sollen Wissen und Können vermitteln sowie Geist und Körper, Herz und Charakter bilden. Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung, vor der Würde des Menschen und vor der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft, Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur, Umwelt, Artenschutz und Artenvielfalt. Die Schülerinnen und Schüler sind im Geist der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinn der Völkerversöhnung zu erziehen.

Das ist die Grundlage für jede einzelne Unterrichtsstunde, egal ob an Grund-, Mittel- oder Realschule oder am Gymnasium. Das muss auch die Grundlage für die Besoldung jeder einzelnen Lehrkraft sein. Ich bin gespannt auf die heutige Debatte und die Erklärungen der CSU, warum A 13 denn nun doch möglich ist. Ansonsten freue ich mich auf die Beratungen in den Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Wolfgang Fackler.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte und geschätzte Frau Präsidentin! Heute Vormittag haben wir ja schon wieder einen sehr emotionalen Auftakt gehabt. Vom Thema "A 13 für alle" – das wissen wir natürlich auch – hören wir heute zum wiederholten Male. Diese Forderung begleitet uns hier in dem Hohen Haus schon seit längerer Zeit. Wir alle wissen, dass das eine plakative und populäre Forderung ist. Die Opposition sieht darin eines ihrer dringendsten Themen. Nachdem das Thema und die Schallplatte ja regelmäßig aufgelegt werden, können wir fast schon von einem Lehrerhit sprechen. Ein Antrag jagt den anderen. Mit dem heute vorgelegten Gesetzentwurf kann man fast

schon von einem Evergreen sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn unsere Argumente im Grundsatz nach wie vor die gleichen sind.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Heute wollen Sie von den GRÜNEN offenbar die Gunst der Stunde nutzen, nachdem unser Ministerpräsident angekündigt hat, die Besoldung der Grund- und Mittelschullehrer ab der nächsten Legislaturperiode zu verbessern und auf A 13 anzuheben.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Ich sage Ihnen aber: Wir verfolgen hier einen klaren Weg und wissen auch, wann das sein wird. Ich sage auch, Frau Kollegin, dass wir hier keine Spielchen machen. Das ist auch keine vage Ankündigung, sondern eine konkrete Aussage, die vor allem auf den Prognosen für den Haushalt 2023 basiert.

Ich sage Ihnen an der Stelle nur mal eines: Was im Jahr 2023 auf uns zukommen wird, wird noch knackig werden. Finanziell wird das auf jeden Fall insgesamt eine enge Kiste werden. Von den kostenmäßigen Belastungen her wird das kein Wunschkonzert. Das möchte ich an der Stelle schon einmal vorausschicken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so weit, so gut. Wir wissen, wann das sein wird. Über das perspektivische Ziel sind wir uns ja auch einig. Aber leider ist der von Ihnen vorgelegte Weg mit diesem Gesetzentwurf dafür völlig ungeeignet, wenn nicht sogar unbrauchbar.

Wir alle wissen, dass die Beamtenbesoldung ein sehr komplexes Gefüge ist. Das klammert Ihr Gesetzentwurf leider völlig aus. Ich weiß nicht, ob Sie da – offenbar ist es so – von Nordrhein-Westfalen oder wem auch immer abgeschrieben haben. Aber die Parallelen kommen mir irgendwo bekannt vor. Änderungen müssen wohlüberlegt sein. Es braucht ein seriöses und durchdachtes Konzept. Wir können hier nichts übers Knie brechen. Dieses Konzept wird nun in den nächsten Wochen und Monaten erarbeitet.

Ich sage an der Stelle auch: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit und auch vor grüner Effekthascherei, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Da muss er selber lachen!)

– Da muss ich durchaus lachen, wegen der Effekthascherei von Ihrer Seite. – Im Übrigen sage ich an der Stelle auch mal, dass gar keine Eile nötig ist; denn Sie wissen auch: Eine schnelle Verbesserung des Einstiegsgehalts im Sinne von A 13 ist keine Maßnahme, um den akuten Lehrermangel an den Grund- und Mittelschulen zu beheben.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Eine Verbesserung des Gehalts jetzt sorgt weder dafür, dass eine zusätzliche Lehrkraft vor einer Schulklasse steht, noch dafür, dass eine zusätzliche Stunde mehr unterrichtet wird. Eine Verbesserung der Bezahlung sorgt lediglich für einen mittelfristigen Anreiz, Lehramt zu studieren. Im Übrigen haben wir nach meinen Informationen so viele Studienanfänger im Grundschullehramt wie selten zuvor. Anscheinend ist das Gehalt also kein zentraler Anreiz. Darum ist es vielleicht auch mal gut, den Fokus stärker auf die Mittelschule zu legen. Auf jeden Fall bringt eine schnelle Gehaltserhöhung jetzt für den Moment wenig. Das sollte man nicht ausblenden.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen bin ich fast etwas enttäuscht von den GRÜNEN; denn eine Maßnahme, um den Lehrkräftemangel schnell zu beheben, wäre es, vielleicht auch einmal über das Thema Teilzeit zu sprechen. Wir haben das vor eineinhalb oder zwei Wochen im Ausschuss für den öffentlichen Dienst getan. Ich weiß schon, dass jeder gerne versucht, das Thema unter dem Radar zu halten.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

– Ja, dann könnt ihr ja mal einen Gesetzentwurf in der Richtung machen, wenn ihr meint, dass das sinnvoll wäre. – In der "Staatszeitung" ist letzte Woche sogar etwas von der "Teilzeitmisere" gestanden. Wir haben 140.000 Köpfe in der Schule. Wir haben 100.000 Lehrerstellen. Wir haben 58 % Teilzeit in der Schule. Vielleicht liegt es gar nicht nur an Stellen und Bezahlung, sondern vielleicht gibt es auch einen anderen Grund, und der liegt bei den Standards.

(Beifall bei der CSU)

In der freien Wirtschaft gäbe es das auf jeden Fall nicht. Nur die Situation bei uns, beim Staat ist so, wie sie ist. Wo man landet, das sieht man ja auch heute. Wenn man dann wiederum von dem anderen Thema, von dem Sie ebenfalls gerne sprechen, der Diskriminierung, ausgeht, dann möchte ich an der Stelle einmal sagen: Da holen Sie immer gern den Dampfhammer raus. Ich halte das für eine völlig überzogene Unterstellung und weise diese auch in aller Deutlichkeit zurück. Andere Berufsgruppen sprechen sogar eher von einer Privilegierung der Lehrerschaft.

Ich will jetzt nicht irgendwelche Klischees oder Sonstiges rausholen. Aber zum einen ist es eine bewusste Entscheidung für das Grund- und Mittelschullehramt. Zum anderen sehe ich den Druck in der Wirtschaft, wenn es heißt, man muss Umsätze machen, Aufträge abschließen, irgendwo abrechenbare Stunden liefern, ganz genau; die Arbeitsverdichtung und die hohe Erwartungshaltung haben wir in der ganzen Wirtschaft und der ganzen Arbeitswelt. An der Stelle von Diskriminierung zu sprechen, halte ich für absolut deplatziert. Man kann das nicht immer nur aus der Perspektive einer Berufsgruppe beleuchten.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb fordere ich Sie von den GRÜNEN auf: Rüsten Sie verbal ab und machen Sie Ihre Hausaufgaben! Da sind wir bei der Schulpolitik. Wir haben jetzt in einer der nächsten Wochen Beratungen im Ausschuss für den öffentlichen Dienst. Ihr Gesetzentwurf hat schon auch ein paar handwerkliche Fehler. Ich möchte das jetzt nur in

aller Kürze bringen, weil ich nur noch zwei Minuten Zeit habe. Arbeiten Sie sich bitte zunächst auch einmal in die Systematik und Logik des Lehrerbildungsgesetzes ein. Wir hatten dazu vor ziemlich genau zwei Jahren eine Anhörung hier im Bayerischen Landtag zusammen mit dem Bildungsausschuss. Ich glaube, das müssen wir noch mal aufarbeiten. Wenn wir das wiederholt haben, dann widmen wir uns bitte dem Bayerischen Besoldungsgesetz.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, Herr Lehrer!)

Ihre Zulagenregelung ist für mich, gelinde gesagt, abwegig. Sie übersieht vor allem auch die erste Stufe, die wir bereits haben, mit A 12 und Z. Entweder haben Sie den Personenkreis übersehen, oder es war beabsichtigt. Aber in Ihrem Gesetzentwurf kommt dieser Personenkreis auf jeden Fall nirgendwo vor. Dieser erhält in Zukunft auch gar keine Zulage. Überprüfen Sie deswegen also noch einmal Ihren Gesetzentwurf. Betrachten Sie auch, wie es mit dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung aussieht; denn auch der Entwurf erscheint verfassungsrechtlich bedenklich. Formulieren Sie bitte außerdem die einen oder anderen Begrifflichkeiten sauberer und rechtstechnisch genauer.

In diesem Sinne: Daran sieht man einmal wieder, Schnellschüsse bringen so, wie heute präsentiert, gar nichts. Wir brauchen ein systemgerechtes und rechtskonformes Hebungskonzept.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Ein derartiges Konzept wird für das nächste Jahr erarbeitet, und zwar gründlich, ordentlich und mit Genauigkeit. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Fackler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Vizepräsident Thomas Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, Herr Fackler, auf Platz eins der Top-Hitliste schaffen Sie es nicht. Das war jetzt kein Evergreen und auch kein Hit, das war eher retro, was sie da gebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

In puncto Wendigkeit hat Ihnen Ihr Ministerpräsident tatsächlich einiges voraus. Wir nehmen jetzt aber zur Kenntnis: Die Ankündigung des Ministerpräsidenten Söder war ohne Konzept; dieses muss erst erarbeitet werden. Effekthascherei kann man somit allenfalls dem Ministerpräsidenten vorwerfen, aber nicht uns.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Bravo!)

Die Ankündigungen dieses Ministerpräsidenten sind Legion. Das Problem ist die Umsetzung. Es geht immer darum, eine gute Schlagzeile für die Presse zu formulieren, aber man kümmert sich in der Staatskanzlei und in dieser Regierung nicht darum, wie man das dann tatsächlich umsetzt.

Was hat er denn angekündigt? – A 14 in der nächsten Legislaturperiode irgendwie.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): A 14? Genau hinschauen! – Zurufe der Abgeordneten Tobias Gotthardt und Johann Häusler (FREIE WÄHLER))

– A 13 hat er angekündigt, in der nächsten Legislaturperiode irgendwie – diese endet 2028, Herr Häusler, Sie wissen das –, und er will einmal irgendwie bei den Mittelschullehrkräften beginnen. Warum nicht bei den Grundschullehrkräften? Ich verstehe nicht, warum Menschen, die kleine Kinder unterrichten, ein kleineres Gehalt bekommen als die anderen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe auch nicht, dass Mittelschullehrkräfte, die mehr Stunden als die anderen unterrichten und die schwierigeren pädagogischen Herausforderungen zu bewältigen haben, weniger als die anderen verdienen. Dies sind strukturelle Ungerechtigkeiten.

Hier könnten wir jetzt bildungsgeschichtlich bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen, um dies nachzuweisen. Das muss endlich geändert werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir tun das konkret. Wir schlagen vor, das Besoldungsgesetz zu ändern und diesen unseligen Satz zu streichen, dass für Grund- und Mittelschullehrkräfte abweichend die Besoldungsgruppe A 12 gilt. Dieser Satz steht dort ohne Begründung. Er ergibt keinen Sinn. Er muss gestrichen werden. Das ist die Voraussetzung für diese Reform der Lehrerfinanzierung und für die Einführung von A 13.

Natürlich ist auch der Hinweis auf das Lehrerbildungsgesetz nicht nachvollziehbar. Es gibt keine Erklärung, warum das fachwissenschaftliche Studium mehr zählt als das fachdidaktische. Wir brauchen mehr Didaktik und Pädagogik in den Grund- und Mittelschulen, und die Grund- und Mittelschullehrkräfte leisten das. Grundschullehrkräfte machen einen tollen Job. Wir danken ihnen nicht nur, wir finanzieren sie auch besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit unserem Gesetzentwurf machen wir Nägel mit Köpfen. Wir steigen sofort in A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte und für alle ein, und wir beginnen auch schon mit der Finanzierung. Wir haben übrigens auch schon in den letzten Haushaltsverhandlungen den Vorschlag unterbreitet, mit der ersten Stufe jetzt in 2023 zu beginnen. Wir reden vorher mit unseren Haushältern und nicht nachher wie Sie. Wir schlagen einen Stufenplan vor, wie wir in A 13 für alle einsteigen, und werden diesen umsetzen.

Ich stelle fest: Der Ministerpräsident kündigt an, CSU und FREIE WÄHLER reden herum und verschieben es auf die nächste Legislaturperiode. Das Beste, um A 13 umzusetzen, wäre, dass diese Staatsregierung abgewählt wird und wir andere Mehrheiten hier im Haus haben.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wir machen A 13. Wir setzen dies um und schaffen jetzt Tatsachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden das Thema jetzt im Ausschuss weiter beraten. Herr Fackler, wenn Sie zu unserem Gesetzentwurf noch ein paar detaillierte Änderungswünsche haben, sind Sie herzlich eingeladen, einen Änderungsantrag zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

So macht man das nämlich im Parlament. Dann werden wir einen wunderbaren Gesetzentwurf haben, dem Sie dann mit Ihren Stimmen zustimmen. Ich freue mich auf die weiteren Debatten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Tobias Gotthardt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Schön, dass Sie es einrichten konnten!)

Sie haben das Wort.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Schwambergerin, darauf, wie du mich gleich einmal so angehst, gibt es eine Antwort. Ganz ehrlich: Ich habe mir euren Gesetzentwurf durchgelesen. Ich weiß, weil ich anders als ihr in der Regierungsfraktion sein darf, dass wir uns in den letzten Monaten gemeinsam mit dem Koalitionspartner intensiv Gedanken darüber gemacht haben, wie wir A 13 umsetzen können. Das war ja schon seit Längerem unsere Position. Wir haben einen Kurs gefunden. Der Ministerpräsident hat das in aller Klarheit – wer hier Schwammigkeit vorwirft, der irrt – gesagt, dass es A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte geben wird. Entsprechend gelange ich zu dem Schluss, dass Ihr bzw. euer Gesetzentwurf etwas ist, das Sie, verehrte Kollegin Schwambergerin, sich ins Schaufenster ihres wunderschönen Büros in Bernau stellen

können. Das ist ein Schaufensterentwurf! Mehr ist das nicht, was Sie uns heute hier präsentieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch der Vorwurf, Kollege Gehring – hier muss ich das "-in" jetzt weglassen, weil Sie ja männlich sind –,

(Heiterkeit)

wir hätten das Ganze ohne Konzept getan: Ja, sagen Sie einmal! Wenn der Ministerpräsident sich vor den BLLV stellt, eine klare Ansage macht und sagt, ich will A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte, und wir dann als Regierungskoalition gemeinsam mit den Haushältern, mit dem Kultusministerium und allen betroffenen Verbänden usw. usf. ins Gespräch treten und uns gemeinsam überlegen, wie wir es machen, frage ich: Was ist denn daran falsch? – Ich finde daran nichts falsch. Ich finde es genau richtig, eine Änderung gemeinsam mit denen zu entwickeln, die es betrifft und die es dann umsetzen müssen. Das ist doch genau der Kurs, den Sie immer einfordern. Jetzt tun wir es!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE):  
Wann denn? – Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Für mich steht am Ende eines fest – ich brauche meine fünf Minuten gar nicht –: Herr Kollege Gehring, Sie haben irgendetwas davon geschwafelt, es gehe um die Abwahl der Regierung usw. Hier strahlt es durch, hier leuchtet es durch! Es geht euch doch gar nicht darum, hier Sachpolitik zu betreiben. Die Sachpolitik und die harte Arbeit für diese ganze Geschichte haben wir in der Regierungskoalition gemacht, und ihr kommt jetzt daher, bringt das Gleiche noch einmal und sagt, das müssen wir tun. Dann sagt ihr, es gehe um die Abwahl. Darum geht es euch! Es geht euch um ganz einfache, simple Geschichten und nicht darum, konstruktive Arbeit zu leisten, und das ist schade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe)

Jetzt noch ein letzter Punkt, weil es auch angesprochen worden ist: Wer genau zugehört hat, der hat auch eine klare Ansage gehört, was die Umsetzung betrifft. Ich sage es noch einmal für unsere Fraktion: Wir wollen eine schnelle stufenweise Umsetzung für Grund- und Mittelschullehrkräfte, und – das ist jetzt, glaube ich, mit beiden Fraktionen konform – wir wollen diese Umsetzung, beginnend ab dem Schuljahr 2023/2024, garantieren. Punkt! Ich glaube, damit haben wir unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg einmal ein Beispiel aus der Praxis, wie desolat die Situation an Grundschulen ist: Drei von sechs Klassenleitern waren an einer neu gebauten Grundschule erkrankt.

(Peter Tomaschko (CSU): Wir sind schon ein Thema weiter!)

– Das ist mir schon klar. Lassen Sie mich ausführen. Sie holen auch immer weit aus. Ich komme dann schon dazu.

Meine Stieftochter hat den Unterricht aufrechterhalten. Sie ist Elternbeirat. Das sind die Realitäten, wie es in Grundschulen aussieht. Die Mobile Reserve – ich war Elternbeirat in allen Schularten – in den Grundschulen ist immer relativ schnell aufgezehrt.

Zur Schulpolitik, die Sie hier mit der Aussage verharmlosen, die Regierung hätte alle Hausaufgaben gemacht: Ich darf Sie mal daran erinnern, welches Wahldesaster Sie

2008 wegen der Schulpolitik erlebt haben, sehr geehrte CSU. Da können Sie mal Ihre eigenen Wahlanalysen anschauen. Sie unterschätzen das Thema, das hier eine Rolle spielt.

Herr Piazolo hat heute in der Früh im Radio noch die vielen Einstellungszahlen gerühmt. – Ja, wir haben ganz neue Herausforderungen.

Am 21.09. hat der Ministerpräsident nach der Fraktionsklausur der CSU – – Bekanntlich sind da die FREIEN WÄHLER nicht dabei. Damals haben FREIE WÄHLER und CSU in Lehrerrunden und in Schülerrunden im Landtag noch massiv verteidigt, dass keinesfalls eine Angleichung der Besoldung auf A 13 für Grund- und Mittelschullehrer möglich sei. Die Besoldung A 13 für alle Lehrer ab dem nächsten, dem Haushalt 2023, ist für uns als AfD grundsätzlich zu unterstützen. Für nichtbeamtete Lehrkräfte wird entsprechend eine schrittweise Anpassung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder angestrebt.

An den bayerischen Grund- und Mittelschulen spitzt sich der Lehrermangel so zu, dass die Streichung von Unterrichtsangeboten umgesetzt werden muss – "B24" vom 01.08.2022. Nach Angaben des Kultusministeriums fehlen etwa 2.000 Lehrer; manche Experten gehen sogar von bis zu 4.000 Lehrern aus – "Abendzeitung" vom 20.10.2022.

Ein Brief des Kultusministeriums zum Anfang der Ferien an die Bezirksregierungen belegt das Desaster. Florian Kohl, der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, bezeichnete dieses Schreiben als schlichten Beleg dafür, dass es dem Ministerium nicht mehr gelingt, das Bildungssystem angemessen auszustatten.

Die Grund-, Mittel- und Förderschulen sollen nur noch das anbieten, was scheinbar unbedingt notwendig ist, sagt die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes Simone Fleischmann. Alles ist viel schlimmer als gedacht. Das sagen die Spitzenvertreter der Lehrer. BLLV-Chefin Fleischmann rechnet nicht nur mit der

Reaktivierung weiterer Pensionisten, um den Engpass abzufedern; Studenten würden künftig nicht nur Hausaufgabenbetreuungen übernehmen, sondern sogar als Klassenleitungen an der Tafel stehen. – Ein Armutszeugnis für das Bildungsland Bayern!

Ich habe vorhin schon erwähnt: Der Wähler wird das 2023 genau betrachten. Viele Tausende Eltern sind betroffen, wenn Unterrichtsstunden ausfallen. In dem Beispiel, das ich vorher erwähnt habe, würde es genau so ausgehen, dass die Klassen geschlossen nach Hause geschickt werden müssen, weil überhaupt kein Unterricht mehr stattfinden kann, oder irgendeine Lehrkraft macht dann gleich mehrere Klassen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Franz Bergmüller (AfD):** Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Margit Wild. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Margit Wild (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt hier wieder zum Thema sprechen, nämlich zum Gesetzentwurf der GRÜNEN. Warum halten wir von der SPD A 13 als Eingangsamt für alle Lehrkräfte für erforderlich? – Das werde ich Ihnen jetzt begründen. Es ist höchste Zeit für gleiche Besoldung, und zwar aus folgenden Gründen:

Es ist erstens ein Gebot der Gerechtigkeit im Staatsdienst generell. Universitätsabsolventen steigen im Staatsdienst in der Regel als Beamte mit A 13 oder vergleichbarer Besoldung, zum Beispiel R 1 für Richter und Staatsanwälte, oder mit E 13 als Tarifbeschäftigte ein.

Es ist zweitens ein Gebot der Gerechtigkeit speziell im Schuldienst. Die besonderen Herausforderungen an Grund- und Mittelschulen durch Pandemie, Inklusion und Inte-

gration brauche ich nicht auszuführen, die sind hinlänglich bekannt. Warum Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen pro Monat Hunderte Euro weniger verdienen, ist echt nicht zu begründen.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Zu den konkreten Zahlen: A 12 beginnt in der Erfahrungsstufe 4 bei 4.091,28 Euro. In der Erfahrungsstufe 5 gibt es bei A 12 pro Monat 4.274,13 Euro. – Jetzt hören Sie gut zu! – Die Besoldungsstufe A 13 beginnt dagegen in der Erfahrungsstufe 5 bereits bei 4.774,01 Euro. Das sind also zwischen A 12 und A 13 gravierende Unterschiede von mehreren Hundert Euro, wofür es keine Begründung gibt.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Müller (SPD) und Doris Rauscher (SPD))

Es ist drittens ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wenn man mit A 12 nicht genügend Lehrkräfte für die Grund- und Mittelschulen finden konnte, dann sollte das Lehramt an diesen Schulen rasch und finanziell deutlich attraktiver gestaltet werden. Selbst das Kultusministerium geht von einer beträchtlichen Anzahl fehlender Lehrkräfte aus. Wobei man immer den Eindruck hat: Wirklich im Griff hat der Kultusminister die entscheidenden Zahlen und die Eckdaten im Schulsektor nun nicht. Wenn ein Arbeitgeber zusätzliche Menschen für sein Unternehmen gewinnen will, er sie für die gegenwärtige Bezahlung aber nicht bekommt, dann muss er eben eine bessere Bezahlung anbieten. So funktioniert der Arbeitsmarkt, und ich denke, das gilt auch so im Staatsdienst.

Die GRÜNEN schlagen nun in ihrem Gesetzentwurf vor, dass die Anhebung der Eingangsbesoldung und die Anhebung aller Erfahrungsstufen sukzessive in gleichmäßigen Schritten über fünf Jahre erfolgen soll. Das ist eine Operationalisierung der Forderung, die einen konkreten Weg für die Umsetzung formuliert. Sie gibt Lehrkräften an den Grund- und Mittelschulen zumindest mittelfristig eine Perspektive auf Gleichstellung der Vergütung. Das kann aber auch schneller gehen als in einem Zeitraum von fünf Jahren.

Es geht beim Gesetzentwurf der GRÜNEN auf jeden Fall um die künftigen Neueinstellungen. Es geht aber wohl auch um die laut Haushalt 2022 ausgewiesenen 19.283,67 Stellen für die Lehrkräfte in A 12 an Grund- und Mittelschulen. Ich nehme an, es geht auch um die gegenwärtig 6.757 Stellen in A 12 plus Amtszulage, die künftig A 13 bekommen sollen. Soll A 13 auch für die Fachoberlehrer und Fachlehrer in A 10 plus Amtszulage und A 11 plus Amtszulage gelten? Wie werden die Förderlehrer künftig eingruppiert, die gegenwärtig in A 12, A 11, A 10, A 9 zu finden sind? Das sind Fragen, die man noch klären muss. Was ist mit den Rektoren und Konrektoren in A 14 plus Amtszulage?

Bei allen Fragen, die sich beim GRÜNEN-Gesetzentwurf stellen, ist der Ansatz um Klassen besser als das, was wir bisher vom Ministerpräsidenten gehört haben. Wir haben ja nur etwas gehört; das sind keine gemachten Hausaufgaben, sondern Ankündigungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Für eine Klarstellung wären wir echt dankbar. Diese Punkte können wir dann natürlich in den Ausschüssen intensiv diskutieren. Aber der Gesetzentwurf der GRÜNEN ist ein Versuch der Operationalisierung der Zielsetzung "A 13 in allen Schularten".

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Margit Wild (SPD):** Bei allen offenen Fragen, die wir noch sehen, teilen wir die Intention, und deshalb sehen wir das als positiv an.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Matthias Fischbach. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Besoldungsgruppe A 13 ist inzwischen zu einem Symbol geworden, das eigentlich

für eine mehrfache Schiefelage in unserem Schulsystem steht, ein Symbol für Versorgungs- und für Gerechtigkeitsfragen.

Es ist eine Versorgungsfrage, weil sie sowohl damit verbunden ist, wie wir diesen akuten Lehrkräftemangel an Grund- und Mittelschulen bekämpfen, als auch damit, dass wir über die Studienanfängerzahlen an Mittelschulen eine Lösung brauchen. Wir sehen, wie groß die Probleme sind. A 13 ist nur ein Beispiel dafür; denn es geht um Ausbildungs-, um Arbeitsbedingungen insgesamt und um mehr Wertschätzung.

Es ist deshalb eben auch eine Gerechtigkeitsfrage, über die wir reden müssen. Es ist schon bezeichnend, wenn man sich den Gesetzeswortlaut des Artikels 23 mal anschaut. Bei allen Qualifikationsebenen gibt es eine klare und abschließende Zuordnung. Nur in der 4. QE lautet es dann: "; für Grund- und Mittelschullehrer und Grund- und Mittelschullehrerinnen gilt abweichend die Besoldungsgruppe A 12." – Das muss man schon erklären.

Es wird dann diese klassische Erklärung vorgetragen: Studium, Korrekturanforderungen usw. Ich muss ehrlich sagen: Das reicht, glaube ich, nicht mehr dafür aus, dass der Philologenverband seine Mitglieder davon überzeugen kann; denn es ist klar, dass wir die Besoldungsreform mit einer Ausbildungsreform verbinden müssen, nicht zuletzt deshalb, weil für Grund- und Mittelschullehrkräfte besondere Herausforderungen durch Integration und Inklusion immer mehr auch zu Problemen führen, auf die man vorbereiten muss.

Dann haben wir noch eine Pflichtstundenanzahl, die bei diesen Lehrkräften am höchsten ist, und wir haben leider eine Wertschätzung, die dort am niedrigsten ist. Das muss sich ändern. Wir müssen deutlich mehr machen, als nur die Einstiegsbesoldung anzuheben, wenn wir über Besoldung reden.

Deswegen müssen wir auch sagen: Bei diesem Gesetzentwurf fehlt einiges. Da fehlt, dass herausragende Leistungen und besonders auch die Übernahme von Führungsaufgaben weiter attraktiv bleiben. Eigentlich müssen sie sogar noch mehr gewürdigt

werden. Uns Liberalen ist die leistungsbezogene Bezahlung von Lehrkräften und die Stärkung von Leitung ein besonderes Kernanliegen. Da ist dieser Gesetzentwurf leider nicht zu Ende gedacht. In Artikel 27 werden zum Beispiel die Leitungsämter geregelt, auch mit Sonderregeln für die Führung von Grund- und Mittelschulen. Das wird hier überhaupt nicht angepackt. Das ist leider zu wenig. Ich freue mich dennoch, dass wir endlich die Debatte über das Wie der Umsetzung führen und nicht mehr über das Ob. – Vielen Dank also für die Aufmerksamkeit, und ich freue mich auf die Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich hier Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 18/24246

**zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes  
hier: Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Anna Schwamberger**  
Mitberichterstatler: **Wolfgang Fackler**

### **II. Bericht:**

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration haben den Gesetzentwurf mitberaten.  
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 59. Sitzung am 29. November 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Enthaltung  
SPD: Zustimmung  
FDP: Enthaltung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Gesetzentwurf in seiner 69. Sitzung am 26. Januar 2023 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FDP: Enthaltung  
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf in seiner 93. Sitzung am 9. Februar 2023 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: Enthaltung
- Ablehnung empfohlen.

**Wolfgang Fackler**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Anna Schwamberger, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/24246, 18/26894

**zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes  
hier: Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Martin Böhm

Abg. Richard Graupner

Abg. Johann Häusler

Abg. Margit Wild

Abg. Barbara Regitz

Abg. Matthias Fischbach

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Christian Klingen

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Markus Bayerbach

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes**

**hier: Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte (Drs. 18/24246)**

**- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 54 Minuten.

Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der stärksten Fraktion.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster erteile ich der Kollegin Anna Schwamberger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Anna Schwamberger (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns gerade in der Hochphase der Faschingszeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie schon mal einen Krapfen ohne Marmelade gegessen? Der schaut zwar ziemlich lecker aus, ist aber halt doch ziemlich enttäuschend.

(Tobias Reiß (CSU): Vanille oder Schoko geht schon!)

So ist es auch mit Ihrer Ankündigung, A 13 für Mittelschul- und Grundschullehrkräfte einzuführen. Das hört sich erst mal gut an, ist aber halt doch bloß eine Mogelpackung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade Sie von den FREIEN WÄHLERN feiern sich regelrecht für den Erfolg A 13.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Solange die GRÜNEN ihren Senf dazu geben können!)

Statt sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen, sollten Sie wirklich die Grundlage für A 13 schaffen. Stattdessen schaffen Sie wieder nur funktionslose Beförderungstellen, von denen nicht alle Lehrkräfte profitieren.

Zur Erinnerung: Wir haben rund 20.000 A-12-Stellen. Da sind Ihre 3.000 Stellenhebungen ein Witz. Das hat absolut gar nichts mit einer Einführung von A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte zu tun. Das ist einfach nur Augenscherelei. Wir müssen nämlich endlich das Besoldungsgesetz ändern. Deshalb liegt Ihnen auch weiterhin unser Gesetzesentwurf zur Einführung von A 13 vor.

Wichtig ist uns vor allem, dass wir mit den Grund- und Mittelschullehrkräften zusammen beginnen. Hier eine Abstufung zwischen den beiden Lehrämtern zu machen, wäre grundlegend falsch und spiegelt auch nicht die Realität an den Schulen wider, wo Grund- und Mittelschullehrkräfte Seite an Seite unterrichten. Aus diesem Grund wollen wir die Einführung auch auf fünf Jahre strecken. So profitieren doch alle Lehrkräfte gleichermaßen von der Hebung der Besoldungsstufe. Das ist die aus unserer Sicht einzig faire Variante. Über den Zeitraum kann man natürlich streiten.

Ich möchte die heutige Debatte auch nutzen, um Ihnen nochmals deutlich zu machen, warum die Einführung von A 13 längst überfällig ist. Jede einzelne Lehrkraft leistet ihren Beitrag, um den im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag zu erfüllen. Die Anforderungen an die Lehrkräfte sind dabei so unterschiedlich wie die Kinder und Jugendlichen, die sie unterrichten.

Eine Grundschullehrkraft hat die gesamte Bandbreite zu managen, von einem beispielsweise hochbegabten Kind bis zu einem Kind mit Förderbedarf. Sie kümmert sich um Inklusion und Integration, sie hat es mit der gesamten Bandbreite zu tun. Aber gerade die Arbeit an der Grundschule ist essenziell. Wenn hier nicht ordentlich gearbeitet wird, stehen die weiterführenden Schulen ohne jegliche Grundlage da.

Als Mittelschullehrkraft sind wieder ganz andere Fähigkeiten gefordert. Die Arbeit ist geprägt durch Inklusion und Integration, aber vor allem durch Beziehungsarbeit mit den Kindern und Jugendlichen. Die Kinder und Jugendlichen brauchen hier besonders viel Unterstützung und sind auf engagierte und die besten Lehrkräfte angewiesen.

Realschullehrkräfte begleiten die Jugendlichen vor allem auf ihrem Weg in die Berufswelt oder eben auf FOS oder BOS.

Gymnasiallehrkräfte sehen sich selbst vor allem in der Vorbereitung auf die Hochschulreife. Hier ist wohl mehr Fachlichkeit gefordert.

So unterschiedlich die Lehrämter auch sind, sie müssen sich in der Bezahlung nicht unterscheiden, weil sie einen gemeinsamen Auftrag haben. Alle Lehrkräfte leisten ihren Beitrag, um das Beste für unsere Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Die schlechtere Bezahlung unserer Grund- und Mittelschullehrkräfte ist schlicht nicht mehr zeitgemäß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warten Sie nicht länger mit einer fairen Bezahlung aller Lehrkräfte! Räumen Sie diese Baustelle endlich beiseite, und stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Wolfgang Fackler.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! A 13 für Grund- und Mittelschullehrer ist für uns als CSU-Fraktion ein erklärtes Ziel und auch ein klarer Handlungsauftrag. Wir gehen das bereits heute an. Wir setzen das auch zeitnah um, und die CSU hat immer – historisch belegbar – für eine bessere und faire Bezahlung aller bayrischen Beamtinnen und Beamten und selbstverständlich auch aller Lehrkräfte gesorgt. Das lassen wir uns von niemandem nehmen, meine sehr geehrten Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir haben das Thema intensiv und umfassend im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes diskutiert, und vom Ziel her sind wir uns auch einig. Grund- und Mittel-

schullehrkräfte werden wir zukünftig auch nach A 13 bezahlen. Wir werden das mit einem Stufenplan ab 2024 machen,

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

weil wir einen Anreiz für mehr Grund- und Mittelschullehrkräfte setzen wollen – insbesondere für Mittelschullehrkräfte, damit sich mehr Nachwuchskräfte für die Tätigkeit entscheiden und sich dazu bereit erklären. Aber wir machen das nicht jetzt und sofort; denn es bringt jetzt keinen einzigen zusätzlichen Lehrer vor die Klasse, und es verhindert jetzt auch nicht eine ausfallende Stunde. Das von Ihnen Vorgelegte ist ein reiner Schnellschuss. Das werden wir nicht mitmachen. Wir werden eine Umsetzung machen, die passt. Sie muss passgenau sein. Sie muss seriös sein. Das Konzept wird aktuell erarbeitet. Wir werden rechtzeitig vor 2024 fertig sein, damit es dann in Kraft treten kann.

Ihr Vorschlag hingegen – darum können wir ihm schlicht und ergreifend nicht zustimmen – ist nicht passgenau, und er enthält auch handwerkliche Fehler. Er passt nicht in die Systematik der bayerischen Beamtenbesoldung, und er steht auch nicht im Einklang mit dem Bayerischen Besoldungsgesetz. Sie haben beispielsweise die Lehrkräfte mit A 12 Z in diesem Entwurf vergessen. Wie man das übersehen konnte, ist mir zwar schleierhaft, aber wir haben es auf jeden Fall bemerkt. Vielleicht wollten Sie es vergessen. Vielleicht haben Sie es aus Versehen vergessen. Aber wir haben es auf jeden Fall nicht vergessen.

Wir haben nicht vergessen, was wir von der CSU in all den Jahren und Jahrzehnten in diesem Bereich gemacht haben. Die CSU hat immer für eine bessere und faire Bezahlung gesorgt, vor allem an Grund- und Mittelschulen. Wir haben 2011 mit der Dienstrechtsreform

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– hören Sie zu! – ein weiteres funktionsunabhängiges Beförderungssamt geschaffen. Das ist ein Anreiz für Leistung. Wir haben viele Beförderungsmöglichkeiten in Hebungspaketen geschaffen. Daraus ist fast ein Stellenkegel geworden. Das ist ein Anreiz für Leistung. Wir haben die erste Gehaltsstufe gestrichen. Die ist zwischenzeitlich weggefallen. Jetzt kann jeder gleich in Stufe 2 beginnen. Das sind rund 2.250 Euro im Jahr mehr für neu eingestellte Grund- und Mittelschullehrkräfte. Das merkt bloß keiner mehr, weil man die Nummer 1 in der Tabelle herausgestrichen hat und nicht mehr abbildet. Aber ich wiederhole mich gerne: Wir von der CSU sorgen immer für eine bessere Bezahlung, und wir haben auch eine bessere Bezahlung im Blick, weil uns die Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

immer etwas wert war, wert ist und auch wert sein wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein weiterer Hinweis zur Historie: Klar ist natürlich auch, dass es einen bestimmten Grundsatz im öffentlichen Dienst gibt, den der Kollege Gehring sicherlich auch ganz genau kennt: Die Ausbildung ist im öffentlichen Dienst für vieles entscheidend. Sie ist nicht nur eine Eintrittskarte in den öffentlichen Dienst, sondern sie ist auch für die Besoldung entscheidend. Das sollte man aus meiner Sicht nicht ausblenden. Es gibt den ganz klaren Grundsatz: Wer A sagt, muss auch B sagen; wer die Ausbildung ändert, muss auch die Besoldung ändern. Wenn wir jetzt die Besoldung ändern, dann müssen wir – andersherum – auch die Ausbildung anpassen. Man muss also nachdenken, wie man das abbildet; denn es gibt auch solche Dinge wie ein Abstandsgebot, und das muss man letztendlich ebenfalls beachten.

Die Lehrerbildung ist laut allen Petitionen immer entscheidend. Zwar hat sich das in den letzten Jahren wegen der lauten Klagen der Gewerkschaften keiner mehr sagen

trauen, aber geblieben ist dieser Grundsatz dennoch. Deshalb müssen jetzt auch Details geklärt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde mir für die Zukunft eine differenziertere Diskussion bei dem Thema Lehrerversorgung wünschen. Wir haben es immer wieder mit Schlagworten wie Wertschätzung oder Diskriminierung zu tun gehabt. Aber solche Schlagworte lassen natürlich keine differenzierte Diskussion zu. Wenn wir über das Thema Lehrermangel reden, müssen wir fragen: Haben wir einen Lehrermangel, oder haben wir einen Mangel an erteiltem Unterricht? – Denn eigentlich muss die Hauptaufgabe sein,

(Ruth Müller (SPD): Wer erteilt denn den Unterricht?)

dass unterrichtet wird. Das Unterrichten muss entscheidend sein. Natürlich reden wir dann wieder über das Thema Teilzeit. Aber möglicherweise kommen wir da nicht weiter. Vielleicht müssen wir auch mal über das Thema Anrechnungsstunden reden, weil vielleicht ja auch irgendwo eine Verlagerung auf Verwaltungskräfte möglich ist. Hier gibt es einen ganzen Strauß an Aktivitäten. Ich vermute mal ganz persönlich, dass jede sechste Stelle gar nicht für Unterricht genutzt wird, obwohl das die Kernaufgabe sein muss. Da müssen wir auch wieder hinkommen; denn kein Unternehmen in der freien Wirtschaft kann es sich aus meiner Sicht leisten, dass die berufliche Wirklichkeit derart ausgeblendet wird.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich ganz klar: Wir müssen auch Reserven heben. Wie gesagt, ich wünsche mir da eine differenzierte Diskussion. Nicht, dass das Ganze dazu führt, dass wir jetzt eine höhere und bessere Bezahlung einführen und danach noch mehr Teilzeit bekommen! Denn dann geht der Schuss in gewisser Weise nach hinten los.

Im Übrigen habe ich heute in einer großen Zeitung Folgendes gelesen: An schlechter Bezahlung kann die Lehrernot nicht liegen. – Na klar, außerhalb der Lehrerschaft hat

da jemand vielleicht eine andere Position, und das will auch nicht jeder hören. Aber im Ranking der OECD-Staaten steht Deutschland bei den Lehrergehältern an zweiter Stelle nach Luxemburg. Auch das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Wir stehen nicht so schlecht da, und die Bezahlung ist nicht für alles entscheidend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie gesagt, wenn wir dann von hohen Belastungen im Schulwesen reden, dann muss man vielleicht auch einmal unbequeme Wahrheiten aussprechen. Auch dafür muss man offen sein. Wie gesagt, ich wünsche mir da eine differenzierte Diskussion. Mir ist doch ebenfalls klar: Der Schulalltag hat sich geändert, vor allem an den Mittelschulen. Daran besteht gar kein Zweifel. Darum machen wir ja vielleicht auch das Thema A 13.

(Ruth Müller (SPD): Vielleicht! Vielleicht!)

– Wir machen A 13 jetzt sicher. "Vielleicht" deshalb, weil ich gesagt habe, das gehört unter anderem auch mit dazu. – Aber das Elternverhalten hat sich auch geändert. Ich kann doch nicht immer bloß hergehen, den Einzelnen in der Klasse anschauen, sondern ich muss doch die gesamte Klasse im Blick haben. Das ist doch auch wichtig. Brauchen die Lehrkräfte vielleicht mehr Rechte oder mehr Rückendeckung in einer heterogener werdenden Schülerschaft? Ich glaube, das ist ein schwieriges Thema.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen mal was dazu: Ich habe mich vor vier Wochen mit vierzig Lehrkräften aus der Grund- und Mittelschule unterhalten und vor drei Wochen mit achtzig Lehrkräften. Die vermitteln mir genau diesen Eindruck, dass man hier möglicherweise für mehr Rückendeckung insgesamt sorgen muss, einfach aus dem Grund, weil die Belastungen sich vielfältig entwickelt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, – –

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Das hat sich aber vor einem Jahr noch anders angehört!)

– Ja, die Zeiten ändern sich auch immer.

(Heiterkeit)

– Heute ist Frühling, dann kommt Winter, und was weiß ich, was noch; aber eines nach dem anderen.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Ich muss ja schauen, dass ihr da drüben wieder aufwacht. – Die Ausgangslage ist allen bewusst. Das Thema haben wir oft genug behandelt. Alle Lehrkräfte leisten hervorragende und professionelle Arbeit. Sie sind motiviert, sie sind fleißig, sie sind empathisch. Das steht alles völlig außer Frage. Bildung ist ein kostbares Gut. Die Lehrkraft ist für die Bildung entscheidend, und die Lehrer sind auch Motoren einer verantwortungsvollen Bildungspolitik, in der Erziehung und Bildung immer anspruchsvoller werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so schließt sich auch der Kreis bei den Grund- und Mittelschulen. Die Grund- und Mittelschulen sind für einen erfolgreichen Bildungsweg unserer Kinder von großer Bedeutung. Wir werden die Eingangsbesoldung A 13 für sie einführen. Dafür ist aber Abstimmungsarbeit notwendig. Wir haben die Komplexität des Gefüges im Blick. Wir brauchen ein durchdachtes und seriöses Gesetz. Wir werden bei aller Diskussion verfassungsrechtliche Aspekte im Sinne des Abstandsgebotes wahren. Wir werden das Gefüge nicht durcheinanderbringen und die Ausbildungsgrundsätze beachten.

Meine Damen und Herren, das alles geht nicht von jetzt auf gleich, sondern von heute auf meinestwegen übermorgen. Deshalb werden wir den Gesetzentwurf ablehnen. Wir arbeiten an einer guten und besseren Lösung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die Kollegin Anna Schwamberger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Anna Schwamberger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Fackler, ich verwahre mich gegen die Anschuldigung zwischen den Zeilen, dass Teilzeitbeschäftigte an der Misere schuld seien.

(Zuruf von der CSU: Schuld? – Das sind mathematische Fakten!)

Im Grundschulbereich liegt der Frauenanteil der Lehrkräfte bei 90 %. Bei Ihnen ist der Anteil der Lehrkräfte, die in Teilzeit arbeiten, sehr hoch. Ich weiß das. Ich bin mir aber auch sicher, dass das einen Grund hat, nämlich die fehlende Kinderbetreuung etc. Ich bin mir sicher: Wenn wir die Arbeitsbedingungen verbessern, sind die Lehrkräfte bereit, mehr zu arbeiten. Ich möchte aber einfach nicht, dass immer mit dem Finger auf die Teilzeitbeschäftigten gezeigt wird. – Ich habe dann noch eine Frage: Wann kommt denn endlich Ihr Gesetzentwurf?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Fackler.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Sie haben meiner Rede hoffentlich zumindest gelegentlich zugehört. Ich habe vorhin gesagt: Der Gesetzentwurf wird momentan erarbeitet. Wir werden ihn rechtzeitig vor dem Jahr 2024 fertigstellen. Das ist ganz klar. Das ist das erklärte Ziel.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Also noch in "dieser" Legislaturperiode! – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Der zweite Bereich ist natürlich sonnenklar: Die Teilzeitkräfte dürfen und sollen auch in Zukunft in Teilzeit arbeiten dürfen. Das steht völlig außer Frage. Ich weiß, wie wichtig das Ganze selbstverständlich für Frauen ist, wie Sie das angesprochen haben, um Fa-

milie und Beruf zu vereinbaren. Sicherlich wird niemandem diesbezüglich etwas vorgeworfen.

Ich habe aber auch gesagt: Ich wünsche mir eine differenzierte Diskussion zu dem Thema, wie wir Unterrichtsreserven heben können. Ich glaube, das ist entscheidend. Die Debatte muss auch einmal darüber geführt werden. Man darf nicht immer nur einseitig Forderungen erheben und auf der anderen Seite alles beim Alten belassen; denn so können wir auf Dauer nicht weitermachen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung, und zwar vom Kollegen Böhm von der AfD.

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Fackler, Sie haben hier gerade im Hohen Haus das Bonmot der heterogenen Schülerschaft geprägt. Vielen Dank dafür; ich würde gerne wissen und von Ihnen präzisiert haben, was Sie unter einer "heterogenen Schülerschaft" verstehen. Schließen Sie es aus, dass die Heterogenität der Schülerschaft in proportionalem Zusammenhang mit dem Abflauen der intrinsischen Motivation des Lehrkörpers steht?

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Kollege Fackler, bitte schön.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Ich weiß nicht, was von Ihrer Seite jetzt wieder für Zusammenhänge hergestellt werden. Ich kann es mir vielleicht denken, wie viele andere auch.

(Martin Böhm (AfD): Dann sagen Sie es!)

Es ist natürlich auch so – ich habe es doch gesagt –: Die Schullandschaft hat sich verändert, und auch die Schülerschaft hat sich verändert. Ich habe auch gesagt: Das Elternverhalten hat sich verändert. Vieles hat sich verändert. Ich glaube, wir müssen

darauf reagieren und darauf eingehen. Über diesen Punkt müssen wir vertieft diskutieren. Ich weiß nicht, ob die AfD für eine differenzierte Diskussion offen ist – wir haben das selten erlebt und werden es wohl nie mehr erleben und auch nicht bei diesem Thema; denn es ist ja wahrscheinlich eines Ihrer Lieblingsthemen. Eine differenzierte Diskussion wird es bei der AfD wohl niemals geben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die AfD spricht jetzt der Kollege Graupner.

(Beifall bei der AfD)

**Richard Graupner (AfD):** Sehr verehrte Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Fackler, ich werde mich bemühen, Ihnen das differenziert darzulegen. Die Diskussion um die Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 13 im Grund- und Mittelschulbereich hat sich ja zum parlamentarischen Dauerbrenner entwickelt. Diese Thematik wurde in dieser Legislaturperiode bereits mehrfach auf die Tagesordnung gesetzt. Das verwundert auch nicht; denn wir erleben in der gesellschaftlichen Realität enorme Turbulenzen und Veränderungen, die sich notwendigerweise auch im Schulsystem und damit bei den Anforderungen an den Lehrerstand manifestieren müssen.

Die Klagen über Lehrermangel, Lehrerüberforderung, fehlenden Nachwuchs, zu große Klassen usw. sind Legion und nicht von der Hand zu weisen. So komplex, wie die Lageanalyse ausfällt, so unterschiedlich sehen auch die Vorschläge zur Problemlösung aus.

Es gibt nun einige gute Argumente, die für, aber auch andere, die gegen eine Anhebung und Angleichung der Eingangsbesoldung sprechen. Kollege Fackler, es ist nicht ganz einfach, in dieser Frage zu einem eindeutigen und vollends befriedigenden Urteil zu gelangen. Unsere Fraktion hat es sich in dieser Frage nicht einfach gemacht. Wir haben lange und intensiv diskutiert, bis wir schlussendlich zu unserem heutigen Votum

gekommen sind. Ich möchte die wichtigsten Aspekte des Für und Wider kurz gegenüberstellen und damit die Haltung der AfD-Fraktion darlegen.

Die stärksten Argumente für eine Besoldungsangleichung sind unter den Stichworten "Attraktivitätssteigerung" und "Lohngerechtigkeit" zusammenzufassen. Natürlich konkurriert das bayerische Bildungssystem nicht nur mit anderen Bundesländern, sondern auch mit der freien Wirtschaft um Nachwuchskräfte. Um genügend Nachwuchs für den Lehrerberuf zu rekrutieren, ihn in den Lehrerberuf zu bringen und dort auch zu halten, ist eine hohe Attraktivität des Lehrerberufs für die potenziellen Bewerber unabdingbar. Finanzielle Anreize sind immer ein schlagkräftiges Argument. Ich erwähnte zu Beginn meiner Rede die gesellschaftlichen Herausforderungen, mit welchen sich unser Bildungssystem konfrontiert sieht.

(Beifall bei der AfD)

Es steht außer Frage: Diese betreffen das gesamte Personal unabhängig von der Schulform. Gegen manche Problementwicklungen muss man aber auch das Bildungssystem selbst in die Pflicht nehmen. Wenn in den Schulen zunehmend Massenmigration als ultimativer gesellschaftlicher Segen dargestellt wird oder wenn Inklusion als Zwangsintegration völlig unterschiedlich begabter Schüler in einem Klassenverband auf Teufel komm raus propagiert wird, dann arbeitet man im Bildungsbereich tatkräftig an jenen Problemen mit, deren Auswirkungen die Lehrer im Nachhinein zu Recht beklagen und die sie dann mit den Schülern auch auszubaden haben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Die Linke führt seit Jahrzehnten vor allem um das Wohl der Schlechtesten einen Kampf. Wir dürfen aber nicht vernachlässigen, den Kampf um die Besten weiterzuführen. Umfassend gebildete und hochqualifizierte junge Menschen sind eine der wenigen eigenen Ressourcen unseres Landes. Sie sind damit überlebenswichtig für unsere Nation.

Es gibt in Bayern nicht ohne guten Grund ein gegliedertes Schulsystem, das guter deutscher Bildungstradition folgt. Diese soll den unterschiedlichen Anforderungen unterschiedlich begabter Schüler gerecht werden. Dementsprechend sind die Anforderungen an die Lehrerausbildungen unterschiedlich. Aber welche Motivation soll ein junger Lehramtsstudent noch haben, die gegenüber den Grund- und Mittelschulbildung größeren Mühen eines Gymnasiallehrerstudiums auf sich zu nehmen, wenn er mit geringerem Aufwand auf gleiche Entlohnung hoffen darf?

(Beifall bei der AfD)

Es geht aber nicht nur um eine vermeintliche oder tatsächliche Lohngerechtigkeit. Wir haben auch den Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung, auf welchen hier schon mehrfach zu Recht hingewiesen wurde. Ich möchte das einmal mit einem Blick über den Tellerrand des Bildungssystems hinaus verdeutlichen. Was bedeutet denn die Besoldung A 13 im Vergleich zum Polizeidienst? – Wer als Polizeibeamter in dieser Stufe besoldet wird, der befindet sich nicht am Eingang, sondern am Endpunkt seiner Laufbahn in der 3. Qualifikationsebene. Wir reden hier von einem Dienstgrad eines Ersten Polizei- bzw. Kriminalhauptkommissars.

Ich erlaube mir, an die GRÜNEN als Initiatoren des Gesetzentwurfs den Hinweis: Sicherlich, in einigen Bundesländern, besonders in Mitteldeutschland, aber auch in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein, wurde die Eingangsbesoldung A 13 eingeführt; aber gerade in Ihrem grünen Musterländle in Baden-Württemberg kann man sich anscheinend so gar nicht für eine solche Lösung begeistern.

Wir von der AfD sagen: Sorgen wir doch vor allem und zuerst einmal dafür, dass sich die Arbeitsbedingungen der Lehrer entscheidend verbessern, sorgen wir dafür, dass nicht immer mehr kultur- und sprachfremde Kinder unsere Klassen überschwemmen,

(Beifall bei der AfD)

damit sich die Lehrer wieder ihrer ureigensten Aufgabe, der Wissensvermittlung, widmen können, anstatt sich um Gendergedöns und Multikulti-Verklärung kümmern zu müssen. Hier muss die Schwerpunktsetzung erfolgen. Dann sind wir nämlich einer gerechten und vor allem nachhaltigen Verringerung der Arbeitsbelastung wieder deutlich näher.

Wenn wir schon über finanzielle Anreize sprechen: Wir könnten uns durchaus mit einer Erschwerniszulage bei besonderen Belastungen anfreunden. Über so etwas lässt sich ja durchaus reden.

Bei Abwägung der Für- und Wider-Argumente, die ich eben dargelegt habe, kann die AfD-Fraktion zumindest dem jetzigen Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Häusler für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte – verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die kommende Legislaturperiode sind wir uns in der Beurteilung und Zielsetzung weitgehend einig. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN – man kann das durchaus so anmerken – ist auch nachvollziehbar und auf den ersten Blick vom Umsetzungskonzept über fünf Jahre hinweg her durchaus sinnig.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber!)

– Nein, nicht "aber". Ich möchte nur ganz kurz begründen, dass wir jetzt nicht in Euphorie verfallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man hier genau hinschaut, dann sieht man Folgendes: Man springt auf einen Zug auf, der schon aufs Gleis gesetzt ist und der bereits Fahrt aufgenommen hat. Weil man noch schnell vor den Tross kommen will, weil

man noch punkten will – das ist ja eine durchaus sehr populäre Angelegenheit –, bringt man noch schnell diesen nicht ausgegorenen und unvollständigen Gesetzentwurf ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das ist eine Tatsache.

Vielleicht noch eines, auf das der Kollege Fackler schon hingewiesen hat: Der Gesetzentwurf ist nicht nur unausgegoren, sondern in Teilen auch nicht rechtskonform. Der Kollege hat das Abstandsgebot angesprochen, er hat die Vergleichbarkeit angesprochen. Das Ganze muss in einem entsprechenden Verfahren natürlich auch differenziert dargestellt werden. Das ist nämlich der Hintergrund. Man kann nicht nur plakativ einen Halbsatz herausnehmen,

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Wann wollt ihr das denn machen?)

um damit zu punkten. Das ist – ich habe es gesagt – absolut legitim, aber nicht unbedingt seriös, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Die sorgfältige Abwägung und die Gesamtschau, die ich gerade eben angesprochen habe, basieren auch auf sich verändernden Rahmenbedingungen. Wir haben es vorhin schon gehört; das braucht nicht jeder neu zu erzählen. Die Rahmenbedingungen in der Grund- und Mittelschule haben sich durch Integration und Immigration erschwert.

Diese zusätzlichen Anforderungen kommen zunächst bei den niedrigen Klassen an. Das ist für die Grund- und Hauptschulen selbstverständlich eine starke Mehrbelastung. Das ist auch pädagogischer Mehraufwand. Elterneigenschaften, die es teilweise nicht mehr gibt, und familiäre Defizite schlagen hier auf und müssen ausgeglichen

werden. Da sind wahnsinnige Herausforderungen zu bewältigen, Die Wertschätzung für die Lehrkräfte wird sich – ich glaube, wir alle hier gemeinsam empfinden diese Wertschätzung – letztlich in einer höheren Besoldung, auch in einer höheren Eingangsbesoldung wiederfinden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, das ist doch der entscheidende Punkt.

Deshalb ist das für uns als FREIE WÄHLER auch kein Neueinstieg in dieses Thema. Diejenigen, die schon länger im Parlament sind, erinnere ich daran, dass wir bereits 2013 einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: In der Opposition!)

– Richtig, in der Opposition. Ich bekenne mich ja dazu, und ich sage das auch deutlich. Wir sind jetzt aber in der Regierungsverantwortung und haben in fairen und intensiven Gesprächen mit unserem Koalitionspartner einen Weg gefunden.

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Irgendwann wird Markus Söder aufwachen und sagen: Das machen wir jetzt!)

– Entschuldigung, liebe Anna, dieser Weg zeichnet sich jetzt ganz klar ab. In der kommenden Legislaturperiode wird das Thema "A 13 für alle" finalisiert – nicht angegangen, sondern finalisiert. Das ist doch das Entscheidende. Das ist doch im Grunde Fakt. Diesem Faktum müsst ihr euch letztendlich unterordnen.

Die Wertschätzung kann man auch monetär ausdrücken. Diese Möglichkeit wird von uns auch dahin gehend wahrgenommen, als wir so versuchen, dem drohenden Lehrermangel, der bereits durchaus nachvollziehbar ist und durch die Prognosen auch belegt wird, ein Stück weit entgegenzuwirken. Das ist natürlich ein Thema.

Gestern hatten einige Kolleginnen und Kollegen genau hier eine Podiumsdiskussion und Diskussion mit Referendarinnen und Referendaren aus Erlangen in der Grundschulausbildung. Das Einkommen hat da eine untergeordnete Rolle gespielt. Die entscheidenden Themen waren die Rahmenbedingungen, die Einstiegsbegleitung usw.

Es dürfte doch außer Zweifel stehen, dass Bayern ein attraktives Schulsystem für alle Beteiligten hat. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass insbesondere aus den Reihen der Opposition sehr intensiv darüber lamentiert wird, dass der Ministerpräsident angekündigt hat, Willkommenspakete zu schnüren, um noch mehr Lehrkräfte nach Bayern zu locken bzw. Bayern als attraktiven Standort noch einmal etwas plakativer darzustellen. Das ist doch das Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das bei uns in Bayern nicht so wäre, dann bräuchten Sie diese Diskussion nicht zu führen. Die Tatsache, dass wir in Bayern nach wie vor in jeder Klasse einen Klassenleiter oder eine Klassenleiterin haben, zeigt doch, wie attraktiv das Ganze ist.

Wir werden bald A 13 haben. Wenn man A 13 jetzt einmal annimmt, dann sieht man, dass in A 13 in Bayern im Vergleich zur Einstiegsbesoldung in Sachsen jährlich rund 9.400 Euro mehr und rund 3.300 Euro mehr als in Baden-Württemberg bezahlt werden; daran sieht man doch, dass die Bezahlung bei uns – Wolfgang Fackler hat darauf hingewiesen – nicht so schlecht sein kann. Ganz im Gegenteil!

Wir wollen jetzt eben auch eine Gleichwertigkeit. Ich bin vollkommen bei euch, dass der Anspruch und die Anforderungen der akademischen Bildung bezüglich Didaktik, Pädagogik und wissenschaftlicher Begleitung in etwa gleichwertig bewertet werden. Deshalb natürlich: A 13 für alle!

Wir sind da schon weiter als diejenigen, die den Gesetzentwurf einbringen. Sie beziffern die Mehrkosten des ersten Schritts für 2023 auf 10 Millionen Euro. Wir haben in den Haushalt für den ersten Schritt als erste Maßnahme bereits 17,1 Millionen Euro als Marke eingestellt. Der Haushalt wird erst noch verabschiedet. 17,1 Millionen Euro sind mehr als 70 % mehr, als Sie überhaupt beziffern.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir doch bei der Wahrheit. Sie beziffern die Kosten in der Endstufe letztendlich auf 145 Millionen Euro. Wir gehen davon aus, dass

es in etwa das Doppelte sein wird, wenn man all diese Dinge – Rahmenbedingungen, Abstandsgebot – berücksichtigt, die der Kollege Fackler angesprochen hat.

Im Klartext heißt das: Sie rechnen das runter. Wir machen das in einem fairen Dialogprozess. Ich denke, das wird sich dann letztendlich auch in der Wertschätzung unserer Lehrkräfte – der bisherigen Lehrkräfte, aber auch der neuen Studentinnen und Studenten, die sich für dieses Fach entscheiden – ausdrücken. Ich bin überzeugt, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, Sie können dazu einen großen Beitrag leisten. Ihr Beitrag kann sein, die Schule, die Lehrkräfte und das Umfeld nicht immer schlechtzureden, sondern positiv zu reden und diesen Beruf positiv darzustellen. Wenn das Umfeld so negativ wäre, hätten wir in Bayern nicht diese Attraktivität.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Weit über Bayern hinaus wird auf uns als positiv gezeigt. Es wird gesagt: Wir hätten es auch gerne so, wie es in Bayern selbstverständlich ist.

(Ruth Müller (SPD): Manche Sachen kann man einfach nicht schönreden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** – wir können Ihrem Gesetzentwurf deshalb nicht zustimmen, weil wir in der Umsetzung bereits weiter und vor allen Dingen seriöser sind, als Sie es hier vorschlagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht die Kollegin Margit Wild für die SPD-Fraktion.

**Margit Wild (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme jetzt wieder zurück zum Gesetzentwurf der GRÜNEN zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte. Auch für uns Sozialdemokrat\*innen ist es ein sehr wichtiges Thema, weil es ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichwertigkeit der Lehrkräfte, Gerechtigkeit und Anerkennung ihrer Arbeit in allen Schularten ist.

Ich habe alle Protokolle sehr aufmerksam durchgelesen und habe noch die Diskussionen in den Ausschüssen und auch das gerade Gesagte im Kopf. Es ist schon bemerkenswert, wenn man überlegt, dass die Debatte über A 13 für alle schon so lange währt. Ich bin jetzt 15 Jahre lang im Bayerischen Landtag und kenne diese Diskussion von Anfang an. Wenn die CSU oder auch die FDP, die damals noch mit dabei war, und jetzt die FREIEN WÄHLER, die ja immerhin den Kultusminister stellen, schon damals auf die Oppositionsfraktionen gehört hätten, dann wären wir jetzt nicht in dem Dilemma.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden sich die Situation schön und sagen, hier sei alles so wunderbar und so toll; da stelle ich mir schon die Frage, wieso man jetzt Lehrkräften, die in nicht so interessante Gebiete schulischer Art oder andere Gegenden gehen, eine Prämie zahlen muss. Ich finde das diskriminierend. Dafür muss man Prämien zahlen; das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!

(Wolfgang Fackler (CSU): Das hat nichts damit zu tun!)

Auch beim Abwerben von Lehrkräften aus anderen Bundesländern sträuben sich mir schon die Nackenhaare. Ich finde es irre, dass es zu so etwas kommt, weil ich mich an Reden erinnere, in denen es immer hieß, unsere Lehrer seien die besten.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Sind sie ja auch!)

Und jetzt auf einmal wollen wir Lehrkräfte aus anderen Bundesländern abwerben? – Da stelle ich mir schon ernsthaft die Frage, wie sauber, gut und fair das denn ist. Die Reaktionen haben gezeigt, dass alle anderen Bundesländer das in keiner Weise goutieren.

A 13 für alle hätte schon längst passieren müssen. Ich fand es wunderbar und schön und habe es aufmerksam verfolgt, als der Ministerpräsident vor fünf Monaten so richtig öffentlichkeitswirksam verkündet hat, jetzt A 13 für alle zu machen. Da waren die Euphorie und die Freude groß; auch aufseiten der FREIEN WÄHLER hat sich Hubert Aiwanger feiern lassen, weil er sich ja maßgeblich dafür eingesetzt hat. Auch das ist mir, ehrlich gesagt, neu.

Wo stehen wir denn jetzt? Was ist denn von dieser Ankündigung übrig geblieben?

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Nichts!)

Es wurde schon gesagt, es gebe in Artikel 6i des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2023 einen Ansatz von circa 17 Millionen; mehr dazu hat man von der Staatsregierung und auch von den FREIEN WÄHLERN nicht gehört. Man hat darüber gar nichts mehr gehört. Genau das ist das Problem: Der Ministerpräsident ist schon ein Weltmeister im Ankündigen, aber in der Umsetzung ist er maximal Kreisklasse; das sage ich jetzt so, um einmal in der Fußballsprache zu bleiben

(Tobias Reiß (CSU): Champions League!)

Ich erinnere nur an diese Aussage, die er in Nürnberg getroffen hat.

(Tobias Reiß (CSU): Er ist Champions League!)

– Hören Sie doch einfach einmal zu! Sie können sich jetzt ärgern oder nicht, aber ich sage das jetzt hier.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Der ganze Koalitionsvertrag ist abgearbeitet!)

Er hat gesagt, er wolle ins Lehramtsstudium eingreifen und es verändern. – Dann wurde er auf einmal still, offensichtlich zurückgepiffen, und es kam nichts mehr. Dann gab es die nächste Geschichte: Vor zwei Wochen wurden diese 10.000 Wohnungen von ihm angekündigt.

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wer aufmerksam die Zeitung des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes liest, weiß, dass er in einem Gespräch mit der Präsidentin schon vor zwei Jahren angekündigt hat, A 13 für alle müsste jetzt unbedingt kommen; ich habe es aufmerksam gelesen. Zu oft haben die Leute draußen, die Bürgerinnen und Bürger und auch die Lehrkräfte, mit denen ich jetzt gesprochen habe, solche Versprechungen vernommen. Sie sind alle sehr skeptisch. Möglicherweise haben sie auch gute Gründe, skeptisch zu sein, weil man mit den im Haushalt hinterlegten 17 Millionen Euro vielleicht maximal 5.000 Stellen heben kann, mehr aber nicht.

Vorhin haben Sie die Lehrkräfte der Grund- und Mittelschulen so gelobt; Lob ist schön, aber Lob macht nicht unbedingt satt, und Lob bezahlt nicht unbedingt diese wirklich wertvolle Arbeit. Die 60.000 Lehrerinnen und Lehrer an unseren Grund- und Mittelschulen sind wirklich alle an ihre Grenzen gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verdienen das einfach alle. Welche konkreten Perspektiven haben sie? – Sagen Sie das doch einmal! Da muss man dann auch wirklich einmal gucken, was in den nächsten Haushalten passiert. Das steht dann alles irgendwo in den Sternen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die stehen im Haushaltsplan und nicht in den Sternen! – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Es herrscht eine große Unsicherheit draußen bei den Lehrer\*innen an den Grund- und Mittelschulen. – Ja, da brauchen Sie gar nicht zu lachen, weil A 13 bis dato für niemanden und gar nicht gesetzlich verankert ist.

Genau deswegen stimmen wir als SPD-Fraktion heute auch dem Gesetzentwurf zu, weil er nämlich schon darauf abzielt, dass die Staatsregierung, die CSU und die FREIEN WÄHLER, die vollmundigen Ankündigungen auch umsetzen. Die Menschen haben von den Ankündigungen einfach die Nase voll und wollen ganz konkret wissen, was passiert. Ich möchte nicht, dass man jedes Mal bei den Haushaltsberatungen wieder von Neuem anfangen muss: Es braucht A 13 für alle, mehr Gerechtigkeit, mehr Anerkennung aller Schularten, weil es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste.

Das Projekt A 13 für alle darf jetzt wirklich nicht vom politischen Goodwill, von Wahlen oder der nächsten Staatsregierung abhängen, sondern es muss auch im nächsten Haushalt eine der Schwerpunktsetzungen sein. Das muss gesetzlich geregelt werden, damit aus der Ankündigung auch Wirklichkeit wird und damit dieses Versprechen umgesetzt wird, damit die Menschen Vertrauen in die Politik haben. Sie schauen sehr genau hin, ob es nur bei dieser Ankündigung bleibt oder ob ihr auch Taten folgen. Ich habe allen genau zugehört; aber ich habe bis dato gar nichts Konkretes gehört. – Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, es gibt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung. – Die Kollegin Regitz hat das Wort.

**Barbara Regitz (CSU):** Liebe Kollegin, liebe Margit Wild, was heißt hier denn bitte "schönreden"? Wissen wir beide aus dem Schulbereich nicht am besten, was es speziell für Dienstanfänger heißt, wenn sie in Ballungsgebieten eingesetzt werden? Wenn sie nach München umziehen müssen, dann haben sie Umzugskosten und wesentlich höhere Lebenshaltungskosten und Mieten. Das sind doch die Sorgen der Menschen, die gerade die jungen Lehrkräfte plagen. Ich verstehe nicht, warum A 13 zugestimmt werden soll, während die Regionalprämie in Höhe von 3.000 Euro abgelehnt wird.

**Margit Wild (SPD):** Ich glaube, du bringst da ein paar Dinge durcheinander. Ich nehme immer zur Kenntnis, dass diese akute Bildungskrise und der damit einherge-

hende eklatante Lehrermangel vonseiten der CSU und der FREIEN WÄHLER selbst gemacht ist. Sie ist meines Erachtens selbst gemacht, weil man viel zu lange alles auf Kante genäht hat. Jetzt schiebt man es dann auf die Teilzeit, was ich auch für eine Frechheit halte.

(Tobias Reiß (CSU): 20.000 Stellen haben wir geschaffen, seitdem du im Landtag bist, Margit!)

– Stellen sind noch keine Personen; auch das weißt du, lieber Kollege.

(Alexander König (CSU): Nicht immer alles schlechtreden!)

Wenn alles so gut wäre, wie ihr es immer hinstellt, dann bräuchtet ihr keine Prämie in Höhe von 3.000 Euro zu zahlen.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess!)

Ich würde ganz einfach sagen, all das ist verpennt worden. Und wenn die wirklich realistischen Forderungen, die die Oppositionsfraktionen seit Jahrzehnten einbringen, einfach nicht zur Kenntnis genommen werden,

(Wolfgang Fackler (CSU): Das ist nicht realistisch, das ist populistisch und sonst gar nichts! – Weitere Zurufe von der CSU)

dann kommt es zu einer solchen Misere. – Liebe Barbara, da verstehe ich deine Frage eher als eine rhetorische Frage.

(Unruhe)

Hören Sie mir halt einfach zu! Ich höre Ihnen auch jedes Mal zu.

(Alexander König (CSU): Ich höre schon die ganze Zeit zu! – Andreas Winhart

(AfD): Ihre Redezeit ist vorbei!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Wild!

(Anhaltende Unruhe)

**Margit Wild (SPD):** Das Ansprechen der Wahrheit ärgert Sie ganz einfach.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Wild, die Redezeit ist vorbei. Das müssen Sie jetzt bilateral klären.

(Das Mikrofon wird abgeschaltet – Margit Wild (SPD): Ich habe bei Ihnen einen Nerv getroffen; das merke ich an Ihrer Reaktion! – Alexander König (CSU): Man kann sich viel einreden! – Margit Wild (SPD): Man kann sich viel schönreden!)

Nächster Redner ist der Kollege Fischbach für die FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einstiegsbesoldung A 13 ist ein wichtiges Symbol geworden, weil es für eine relativ große Schieflage in unserem Bildungssystem steht. Es geht dabei um Gerechtigkeit zwischen Lehrkräften, aber auch um die Frage, ob wir am Beginn von Bildungskarrieren in der Grundschule nicht schon wesentlich mehr investieren sollten, weil eben dort auch die Chancengerechtigkeit zwischen Schülerinnen und Schülern vorentschieden wird. Natürlich ist danach der weitere Weg wichtig: Wir dürfen kein Kind zurücklassen und müssen jeden so gut und so stark wie möglich fördern, damit alle einen Abschluss bekommen. Da sind Grund- und Mittelschulen, wo der Lehrermangel am größten ist, eben der Brennpunkt. Ich habe es in der Ersten Lesung gesagt: Der Lehrkräftemangel wird nicht allein mit A 13 gelöst werden. Aber es ist ein zentraler Baustein.

(Alexander König (CSU): Das wird überhaupt nicht mit A 13 gelöst! Das ist Quatsch!)

Ich möchte heute drei weitere Punkte hervorheben:

Erstens, die Verunsicherung der Lehrkräfte in Bayern. Die stellen sich nämlich schon die Frage: Kommt die Erhöhung jetzt wirklich, oder ist das wieder nur ein ungedecktes Wahlversprechen?

(Tobias Reiß (CSU): Ungedechte Wahlversprechen kommen von der FDP! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Verbrennungsmotor!)

Die Regierungsfractionen haben angekündigt, die Erhöhung auf A 13 jetzt durchzuführen. Genauer gesagt hat es der Ministerpräsident angekündigt, und die Koalitionspartner haben noch nett genickt. Fest steht aber: Bisher sind eben keine belastbaren Taten gekommen. Ich habe zwar heute ein bisschen was gehört; aber ein paar Stellenhebungen machen eben noch keine Besoldungsreform. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hätte man eigentlich vorlegen können. Jetzt zu sagen: bis 2024 – Entschuldigung –, ist durchsichtig. Ich würde fast die Wette eingehen: Sie werden das nicht mehr vor der Sommerpause hier einbringen. Sie können gerne dagegenwetten. Die Lehrkräfte jedenfalls sind mit Recht skeptisch, ob das Versprechen jetzt wirklich eingelöst wird.

Eine gesetzliche Verankerung wäre wichtig. Sie würde auch Planungssicherheit bringen für alle Beteiligten, das wäre besser, als das auf den letzten Drücker umzusetzen. Das heißt: Hier fehlt ein Konzept mit einem klaren und auch verlässlichen Zeitplan. Hier wurde zu wenig gemacht und nur angekündigt.

(Tobias Reiß (CSU): Das machen wir schon noch vor der Wahl! Keine Angst!)

Das Gleiche trifft zweitens für die nötige Ausbildungs- und Studienreform für das Lehramt zu. Die ist nämlich eng verknüpft mit dieser Frage der Einstiegsbesoldung. Wir haben gerade in der Diskussion die Frage gehört: Wenn jemand ein längeres Gymnasialstudium auf sich nimmt – ist es dann fair?

Ich glaube, es gibt gerade hier in dem Bereich viele Themen, für die wir die Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen besser vorbereiten müssen, zum Beispiel bei den

Themen Inklusion und Integration, weil dort die Probleme am größten sind. Aber es kann dann eben nicht sein, dass dort die Wertschätzung für die Lehrkräfte bedauerlicherweise am geringsten ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Das müssen wir dringend ändern.

Drittens möchte ich darauf eingehen, dass wir nicht nur über den Einstieg in eine Besoldungsreform sprechen, sondern auch über die Bezahlung von Führungspositionen. Das ist direkt damit verbunden. Das fehlt im Gesetzentwurf der GRÜNEN leider. Wir müssten das berücksichtigen; denn schon jetzt haben wir die Problematik, dass auch Schulleitungs- und Konrektorenstellen nicht besetzt werden können. Der Kollege der FREIEN WÄHLER hat sich da vorhin ein bisschen versprochen. Er meinte eigentlich die Lehrerstellen. Aber schon die Schulleitungsstellen sind aktuell teilweise nicht besetzt. Da gibt es mehrere Dutzend. Das Problem müssen wir dringend angehen. Deswegen sollten wir bei Führungsaufgaben eine bessere Honorierung und bei guten Leistungen eine bessere Würdigung vorsehen.

Ich möchte zusammenfassen: Wir fordern die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, die Einstiegsbesoldung A 13 endlich gesetzlich zu verankern, und zwar in dieser Legislaturperiode, die Ausbildungs- und Studienreform bei diesem Schritt mit anzugehen, Führungspositionen besser zu honorieren und gute Leistungen besser wertzuschätzen. Das muss in dieser Legislaturperiode möglich sein!

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fischbach. Wenn Sie bitte noch am Rednerpult bleiben. – Es kommt noch eine Zwischenbemerkung von der Kollegin Regitz. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Barbara Regitz (CSU):** Herr Kollege, was heißt hier: "Sie fordern die Staatsregierung auf"? – Ist das denn nicht der verzweifelte Versuch der FDP, über die 5-Prozent-Hürde zu kommen,

(Lachen bei der FDP – Heiterkeit bei der AfD – Zuruf: Vergebliche Versuche!)

wenn Sie hier die Skepsis der Lehrkräfte ansprechen? Ich verlasse mich darauf, dass A 13 entsprechend kommt. Wenn die FDP dann beim Haushalt zustimmt, sollte uns das auch gelingen.

**Matthias Fischbach (FDP):** Werte Kollegin Regitz, für mich wirkt das eher wie der verzweifelte Versuch einer CSU-Abgeordneten, die teilweise über Jahre hinweg von Podiumsdiskussionen bei der GEW und anderen Organisationen ferngeblieben ist, wenn es um das Thema A 13 ging, weil man sich als CSU um dieses Thema gedrückt hat. Und jetzt kommt die CSU kurz vor der Wahl an und möchte ein Versprechen ins Schaufenster stellen, sozusagen eine Karotte nach vorne halten, aber liefert nichts, das vor der Wahl wirklich greifbar ist.

(Tobias Reiß (CSU): Abwarten!)

So wirkt es auf mich. Alles andere ist klar einzuordnen für jeden, der hier zugehört hat. Das ist ein billiger Versuch, irgendwie die FDP schlechtzureden.

(Tobias Reiß (CSU): Wir machen das schon noch, damit ihr es noch erlebt! Weil ihr fliegt ja raus!)

Wir haben eine klare Linie: Wir wollen das mit einer Ausbildungsreform verknüpfen, und wir wollen Leistungsgerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Fischbach. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Es ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda, der diesmal drei Minuten Redezeit hat.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Hohes Haus, verehrte Bürger! "A 13 für alle!" klingt so ähnlich wie "Freibier für alle!" Diese populistische Forderung ist eine Schaufensterdebatte, die hier und heute zum wiederholten Male von den links-grünen Bildungsthe-

oretikern, aber auch von der CSU veranstaltet wird. Die rot-grüne Forderung "Jetzt sofort A 13 für alle Lehrer" ist genauso Wahlkampfgetöse wie die Söder-Ankündigung "A 13 für alle, aber erst in der nächsten Legislaturperiode".

So lenkt die CSU nur davon ab, dass sie seit Jahrzehnten versäumt hat, ein vernünftiges Personal- und Arbeitskonzept für die Lehrer an den bayerischen Grund- und Mittelschulen zu entwickeln, das eine solide Bildungsgrundlage unseres "Exzellenzwachses" garantiert. Jahrzehntelang hat man geschlafen, beschwichtigt und den gravierenden Mangel an qualifiziertem Personal bestritten, ja sogar Abgänger der Pädagogischen Hochschulen nicht übernommen. Jetzt, kurz vor der Wahl, soll die Ankündigung von 6.000 neuen Stellen, die Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 13 und eine Abwerbung aus anderen Bundesländern die Bildungskatastrophe verhindern. – Nein, ihr ungeliebten bildungspolitischen Dilettanten!

(Lachen bei Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER)

Nein, Haushaltsstellen sind noch kein Personalgewinn. Eine höhere Besoldung schafft weder kurz- noch mittelfristig zusätzliches Personal. Mehr Geld ist kein Motivationsfaktor –

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Sondern?)

das wissen alle Soziologen –, sondern allenfalls ein kurzlebiger "Hygienefaktor" und damit kein Weg zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und Unterrichtsversorgung.

Ich gönne den bayerischen Lehrern ein Einstiegsgehalt von 4.774 Euro anstatt wie bisher 4.090 Euro, keine Frage. Das macht jeder von uns. Aber bevor hier im Haus wieder mit Geld um sich geworfen wird, wäre zunächst eine Analyse notwendig, welche Faktoren zum Unterrichtsausfall und zu Qualitätsverlusten geführt haben. Sind es die Sozialmaßnahmen wie Teilzeitarbeit, Altersteilzeit und Beurlaubung, die hier im Haus eingeführt wurden, wodurch die Burnout-Symptome, Depressionen oder Überforderung hervorgerufen wurden, oder sind es die überzogenen bürokratischen Ver-

hältnisse, die schlechten Rahmenbedingungen unserer Schulen überhaupt und dadurch bedingte häufige Krankmeldungen, welche den effektiven Einsatz des verfügbaren Personals über Gebühr einschränken? Ohne diese Analyse wird A 13 als Eingangsbesoldung zwar die Personalkosten erhöhen und den Haushalt weiter belasten, aber die Bildungsmisere nicht beseitigen. Herr Staatsminister Piazzolo, Ihre Bildungspolitik kann nur als desaströses Reparaturdienstverhalten bezeichnet werden! – Er ist gar nicht da!

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Redezeit!)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Entschuldigung, ich komme zum Ende. Aber dieser Vorschlag der GRÜNEN ist auch nicht besser. Das ist auch Unfug.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Gut, aber jetzt bleiben Sie trotzdem am Rednerpult, weil es eine Zwischenbemerkung gibt: Der Herr Christian Klingen (fraktionslos) fragt den fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Bitte schön.

**Christian Klingen (fraktionslos):** Herr Swoboda, Sie haben jetzt geschimpft sowohl auf die Staatsregierung als auch auf die Fraktion der GRÜNEN, die diesen Antrag gestellt hat. Da wollte ich fragen: Was würden Sie vorschlagen, um diese Probleme zu lösen? Wie wollen Sie das Problem denn lösen, wenn Ihnen das nicht gefällt?

(Lachen)

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Verehrte Damen und Herren, werte Kollegen, denken Sie doch mal nach über eine Reform der Besoldungsstruktur für den öffentlichen Dienst. Leistung muss sich dort lohnen, wo sie erbracht wird: bei den Lehrern, aber auch bei allen anderen. Die Besoldung folgt dem Alimentationsprinzip, das heißt, der Beamte, der Ihnen allen, dem Volk und dem Staat dient, soll in seiner Lebensführung angemessen ausgestattet sein, soll also für sich und seine Familienangehörigen entsprechend gut sorgen können. Zusätzlich sieht man da eine Eingruppierung vor, die

sich aus Dienstpostenbewertung und aus Haushaltstellen und -plan ergibt. Das muss ein Gefüge sein, das überall passt und auch zusammenpasst.

Warum jetzt diese Extrawurst für Grund- und Mittelschullehrer mit A 13? 4.800 Euro Einstiegsgehalt, und man weiß gar nicht, ob das bedeutend ist für die Lebensführung und für die Strukturen, die im öffentlichen Dienst eigentlich geboten und erforderlich sind. Es muss eben differenziert werden: Welche Ausbildung hat er? Welche Erfahrung hat er? Welche Leistung hat er zu bringen? Dann bekommt er auch das, was er braucht.

Danke sehr. – War ich schon wieder zu lang?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich auch. Ein wenig, aber es ist noch gegangen.

(Heiterkeit)

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Danke. Sie sind mir gnädig. Das freut mich.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Abgeordnete Thomas Gehring. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Gesetzentwurf geht es darum, eine historische Ungleichheit aufzuheben, die nicht nachvollziehbar ist, nämlich die, dass Lehrkräfte, die kleinere Kinder unterrichten, ein kleineres Gehalt bekommen als Lehrkräfte, die größere Kinder unterrichten. Das ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Mittelschule geht es darum, dass Lehrkräfte, die an einer Schule unterrichten, die traditionell auf das Handwerk vorbereitet, ein kleineres Gehalt bekommen als Lehrkräfte, die an einer Schule unterrichten, die auf das Studium vorbereitet. Das ist nicht mehr hinnehmbar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen steigen wir durchaus in einen differenzierten Prozess ein. Der erste Schritt ist, diesen Annex im Besoldungsgesetz zu streichen, der ausdrücklich Grund- und Mittelschullehrer von einer Tatsache ausnimmt, die für alle anderen in dieser Qualifikationsebene gilt. Das ist nicht begründbar. Deswegen streichen wir diesen Passus. Das ist der erste Satz. Das ist der Satz, der gestrichen werden muss. Das ist der erste Schritt, der bei der Gleichstellung aller Lehrkräfte gemacht werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Annex im Besoldungsgesetz wird mit dem Blick auf das Lehrerbildungsgesetz und seiner Interpretation begründet. Da wird, nach dieser Interpretation, Fachwissenschaft höher gewichtet als Fachdidaktik; aber das Vermitteln von Stoff, das Unterrichten macht doch die Professionalität von Lehrerinnen und Lehrern aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die fachdidaktische Kompetenz ist doch die Professionalitätskompetenz von Lehrerinnen und Lehrern. Die kann doch nicht schlechter bewertet werden als die fachwissenschaftliche Kompetenz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Häusler, Sie sind gut in der Interpretation, aber auch Sie können den Euro nur einmal ausgeben. Im Haushalt sind dieses Jahr Mittel für Aufstiegsmöglichkeiten von Lehrkräften, auch für A-12-Leute. Auch das ist eine historische Ungerechtigkeit, dass jahrzehntelang galt: Als Lehrkraft an einer Grund- und Mittelschule steigst du mit A 12 ein und gehst mit A 12 in die Pension. Das war eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Das ist jetzt geändert worden. Jetzt gibt es Stellenhebungen, jetzt gibt es die Möglichkeit aufzusteigen. Das ist gut und richtig so, und es ist gut, dass da jetzt Geld drin ist.

Sie haben aber auf dieses Geld in Ihrer Rede Bezug genommen und haben gesagt: Wir steigen ja schon in A 13 für alle ein. Das ist es natürlich nicht. Wir haben ja gerade das Problem, dass wir zu wenige Einsteigerinnen und Einsteiger im Lehrerberuf haben. Konkret haben wir zu wenige Einsteigerinnen und Einsteiger überhaupt in das Mittelschulstudium. Wenn ich für die Einsteigerinnen und Einsteiger etwas machen will, dann muss ich das Einstiegsgehalt ändern. Genau das machen wir mit unserem Gesetzentwurf. Dabei geht es um den Einstieg für alle Lehrkräfte in A 13. Deswegen tun wir das hier.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen – das richte ich jetzt an alle, die auch ein feministisches Gespür haben, das ich bei allen Fraktionen außer der AfD-Fraktion vermute –, 90,5 % der Lehrkräfte an Grundschulen sind Frauen. Das ist doch kein Zufall, dass ausgerechnet diese Lehrkräfte schlechter bezahlt werden als die anderen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine bessere Bezahlung von Grundschullehrkräften, von Grundschullehrerinnen würde den Gender Pay Gap ein Stück weit reduzieren. Deswegen ist diese Maßnahme unbedingt notwendig, und auch jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt habe ich auch einiges über die Zeitbegriffe in den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU gelernt. Der Herr Kollege Fackler hat in Jahreszeiten und im Wandel der Jahreszeiten gedacht. Der Herr Kollege Häusler hat über morgen und übermorgen theoretisiert und philosophiert. Wir stellen einfach fest: Der Ministerpräsident hat vor Kurzem für übermorgen angekündigt, bei den Mittelschullehrkräften in A 13 einzusteigen und bei den anderen irgendwann nach dem Übermorgen, also weit weg. Konkreter ist das leider bisher nicht geworden. Wir machen jetzt was fürs Heute. Wir

legen heute einen Gesetzentwurf vor. Wir legen heute einen Haushaltsantrag mit dem Einstieg in A 13 heute vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Unterschied zwischen einer Politik, die ankündigt, und einer Politik, die macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Drei Zwischenbemerkungen warten auf Sie. – Die erste kommt von Herrn Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Vizepräsident Gehring von den GRÜNEN! Sie haben sich jetzt in zwei Punkten entlarvt.

Zum einen mokieren Sie sich in Ihrem Beispiel, dass es wesentlich mehr Grundschullehrerinnen als -lehrer gibt. Das wundert mich überhaupt nicht, weil Sie es gar nicht akzeptieren können, wenn irgendein Geschlecht mal zu über 50 % vertreten ist, obwohl das vielleicht ganz natürliche Gründe hat. Insofern wundert es mich hier – das etwas im Spaß –, dass Sie hier vielleicht keine Männerquote gefordert haben; denn Sie fordern ja sonst immer gerne Frauenquoten.

Ich möchte aber auf ein anderes Thema eingehen, nämlich auf die Fachkompetenz. Hier ist es wieder mal bezeichnend, dass Sie die pädagogische Kompetenz sogar über die Fachkompetenz stellen oder sie zumindest als gleichwertig hervorheben; aber haben wir denn nicht die Situation, dass jemand Fachkompetenz nur dann weitergeben kann, wenn er sie sich in einem langen Studium erworben hat? Die pädagogische Kompetenz ist natürlich auch sehr wichtig, passt sich aber im Laufe des Arbeitsprozesses sozusagen individuell an.

Insofern ist meine Frage: Warum können Sie die Fachkompetenz der Lehrerinnen und Lehrer hier nicht einfach genügend in den Vordergrund stellen und auch hoch anrechnen?

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Kollege Hahn, es gibt auch die Kompetenz des Zuhörens, die Zuhörkompetenz. Ich würde Ihnen raten, daran noch mal zu arbeiten. Ich habe davon geredet, dass die fachdidaktische Kompetenz im Vergleich zur Fachkompetenz gering geschätzt wird. Das heißt nicht, dass ich an der Fachkompetenz etwas weggemacht habe, sondern ich habe die Gleichberechtigung gefordert.

Wir haben alle gute und schlechte Lehrkräfte gehabt. Wenn wir uns an unsere guten Lehrerinnen und Lehrer erinnern, sehen wir: Das waren Leute, die natürlich eine Fachkompetenz hatten, aber das waren auch alles Leute, die uns etwas vermitteln konnten. Es ging um Vermittlungskompetenz. Deswegen muss die stärker berücksichtigt werden, und nicht die Begründung dafür, warum wir A 13 für alle Lehrkräfte fordern.

(Beifall des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Johann Häusler von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege Häusler.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Lieber Herr Kollege Gehring, ich war zunächst sehr positiv angetan, weil Ihre Ausführungen sich ja weitgehend mit meinen gedeckt haben. Auch die Beurteilungen passten im Großen und Ganzen ganz gut. Was mich dann ein bisschen irritiert hat – deswegen auch die Frage von mir –: Sie haben durchaus zu Recht die Gerechtigkeitslücken angesprochen; aber jetzt komme ich auf Ihren Gesetzentwurf zurück.

Ich habe es ja angesprochen: Wenn wir jetzt nur diesen Halbsatz streichen, den Sie jetzt noch mal in den Vordergrund gestellt haben, dann wird die Gerechtigkeitslücke deutlich größer, und zwar nach unten. Was machen Sie dann nämlich mit den Fach- und den Förderlehrern? – Die haben Sie vollkommen ausgeklammert. Das heißt: Die Wertschätzung dieser wertvollen Lehrkräfte bleibt vollkommen außer Acht. Da wird die Gerechtigkeitslücke größer. Darum habe ich auch ausgeführt, dass wir eine Gesamtschau und ein Gesamtkonzept brauchen.

Und dann vielleicht noch eine letzte Anmerkung, weil Sie jetzt doch die Geschlechterdiskriminierung angesprochen haben: Ich habe bewusst darauf verzichtet, darauf zu reagieren, weil in Ihrem Antrag und in Ihrem Gesetzentwurf die Begründung ja auch drinsteht.

Ich möchte eines festhalten: Bei uns in Bayern und überhaupt im öffentlichen Dienst werden Männer und Frauen gleich bezahlt. Da gibt es keinen Unterschied. Wir haben eine freie Berufswahl. Insofern kann man hier nicht von einer gesetzlichen Diskriminierung sprechen. Da sollten wir hier vielleicht auch die Wortwahl noch mal überdenken.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Zum einen finde ich es ja gut, dass Sie meine Position unterstützen. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen ist vielleicht, dass Sie jetzt halt vier Jahre lang an der Regierung waren, sich nicht durchsetzen und auch in der Bildungspolitik keine Handschrift der FREIEN WÄHLER erkennen lassen konnten. Daher würde ich sagen, dass wir als Opposition vermutlich erfolgreicher waren als Sie in der Regierung, weil wir zumindest Anträge hatten, die dann in der Diskussion etwas bewegt haben.

Zum Zweiten: Eine historische Tatsache ist – schauen Sie sich verschiedene Berufsbilder an –, dass die Aufstiegsmöglichkeiten und die Bezahlungen in Berufen, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, schlechter sind. Da haben wir ein grundsätzliches Problem in der Gleichstellung von Männern und Frauen.

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Das Bundesgleichstellungsgesetz!)

Das hat jetzt nichts mit einer Diskriminierung innerhalb einer Berufsgruppe zu tun, sondern sozusagen tatsächlich mit der Einordnung von Frauenberufen in das Gefüge des öffentlichen Dienstes insgesamt. Deswegen müssen wir das einfach auch aus diesem Aspekt machen und ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herzlichen Dank. – Jetzt folgt die dritte Zwischenbemerkung: von Herrn Abgeordneten Markus Bayerbach, fraktionslos. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Markus Bayerbach (fraktionslos):** Herr Kollege Gehring, die Frauen gehen freiwillig in die Grundschule, wohl wissend, dass sie A 12 bekommen. Das ist begründet durch die Ausbildung. Wenn angehoben wird, dann muss bitte bei allen angehoben werden.

Dann muss ich sagen: Förderlehrer arbeiten 28 Unterrichtsstunden plus 5 Vollstunden, in der Regel nicht mit den einfachen Schülern, oft an verschiedenen Schulen, und bekommen A 9. Da ist dann die Gerechtigkeit ganz weit weg.

Das Hauptproblem hat hier noch keiner angesprochen, warum wir hier so wenig Nachwuchs kriegen: Gerade an den Grundschulen arbeiten Frauen, die Kinder mögen, die auch eigene Kinder haben. Gerade die Sache mit der immer flächendeckenderen Ganztagschule ermöglicht nicht mehr die Planung von Familie und Beruf, wie das früher möglich war. Diese Unsicherheit für viele Kolleginnen – sie müssen dann ein, zwei, drei Nachmittage in die Schule, müssen schauen, wo sie ihr Kind unterbringen, möchten es aber eigentlich selber erziehen und um sich haben – treibt die Frauen in die Teilzeit und kostet uns so viele Lehrerstunden.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte, Herr Kollege.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Lehrkräfte, Männer und Frauen, haben wie alle Berufsgruppen das gleiche Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir sind alle aufgerufen, an dieser Vereinbarkeit zu arbeiten. Der Ganztagsanspruch, der ja kommt, der noch von der alten Bundesregierung kommt, ist ein Schritt, um diese Vereinbarkeit zu erreichen. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, dass wir das gut auf die Reihe kriegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herzlichen Dank. Damit ist Ihr Part beendet. – Ich darf zur Abstimmung kommen, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/24246 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN, das ist die Fraktion der SPD. Wer lehnt dies ab? Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie fast alle fraktionslosen Abgeordneten mit Ausnahme von Herrn Busch, wenn ich das richtig sehe. Ich bitte um die Stimmenthaltungen. – Das sind die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Busch. Damit ist der Entwurf abgelehnt.